

# Schweizerzeit

*Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit*

«**Ja** zur Schweiz»

*Die Welt spinnt – wir halten dagegen!*

2

*Energiewende wird scheitern*

12

*Milizarmee und Wehrpflicht*

18

Winter im Emmental

Bild: Marianne Zürcher, Emmenmatt BE



Unabhängigkeit verteidigen, Massenzuwanderung stoppen

# Die Welt spinnt – wir halten dagegen!

hf. Zum 36. Mal hat alt Bundesrat Christoph Blocher am vergangenen Freitag seine markante, wegweisende Albigüetli-Rede gehalten. Diesmal unter dem Titel «Die Welt spinnt – wir halten dagegen!» Er geisselte die Verwahrlosung namentlich in der westlichen Welt und insbesondere der gigantisch verschuldeten EU. Umso idiotischer sei es, dass die Classe politique unser Land dieser Fehlkonstruktion unterwerfen wolle und bereit sei, dafür unsere einzigartige, erfolgreiche Staatsform preiszugeben. Er und die SVP würden alles tun, damit dies nicht geschehe: «Wir halten dagegen!» Nachstehend publizieren wir die denkwürdige Rede in gekürzter Form. Leider wird es Blochers letzte Albigüetli-Rede sein.



Meine Damen und Herren, ein Blick in die westliche Welt – und vor allem in die EU – zeigt: Diese Welt ist aus den Fugen geraten, sie spinnt! Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges beteuerten die sogenannten führenden Leute 1989, es werde keinen Krieg mehr geben. Und was sehen wir heute? Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, was wir normalen Menschen vorausgesehen hatten. Der Nahe Osten erlebt eine unvorstellbare Rückkehr der Brutalität. Diese naheliegende Möglichkeit der Hamas wollte niemand sehen – nicht einmal die israelische Regierung. Und der Westen will nur noch mit solchen Staaten wirtschaftlich verkehren, die seine so genannten «Werte» teilen. Besser wäre es, weltweit Handel zu treiben und so unseren Planeten friedlicher zu machen.

Schauen wir aber in die EU – und insbesondere auf ihren Zahlmeister Deutschland – hat sich der Schuldenberg seit 1980 von 240 Milliarden Euro auf 2'500 Milliarden mehr als verzehnfacht. Deutschland zahlt nicht nur viel an die EU, diese hat auch noch eine Schuld von 1'000 Milliarden Euro. Und in ein solches Gebilde wollen der Bundesrat, die Mehrheit des Parlamentes und die Wirtschaftsverbände die Schweiz treiben? Das ist nicht nur gesponnen, sondern idiotisch!

## Und die Schweiz?

Für viele Ausländer leben wir auf einer Insel der Glückseligen. Warum? Nicht weil wir besser oder gescheiter wären, sondern weil wir eine bessere Staatsform haben.

Kurz: Weil wir noch unabhängig sind, und weil das letzte Wort in der Gesetzgebung beim Stimmvolk und den Kantonen liegt. So können die Politiker weniger Dummheiten machen.

Und ausgerechnet diese Stärke will die schweizerische Obrigkeit abschaffen. Die Gefahr ist gross, dass auch die Schweiz zu spinnen beginnt. Gewiss, die Schweizer Verschuldung liegt etwas tiefer als in den anderen Ländern, aber auch bedrohlich zu hoch. Die Politiker versuchen, die Schuldenbremse – eine weitere Stärke der Schweiz – zu lockern und zu umgehen. Sie suchen Tag und Nacht nach Wegen, die Steuern, Abgaben und Gebühren noch mehr zu erhöhen. Die Linke will jetzt schnell Steuererhöhungen, und das mit dilettantischen Rezepten.

Ihr Stosstrupp ist die Juso, sie verlangt eine Erbschaftsteuer für die Reichen. Die SP, die Grünen und die noch schwankende Mitte und GLP bilden den Hauptharst. Die Volksinitiative fordert 50 Prozent Erbschaftsteuer für Vermögen über 50 Millionen Franken. Tönt doch gut, oder? Es seien ja nur wenige, die das trifft. Doch die Initianten haben vergessen: Diese Vermögenden, die bestraft werden sollen – zum grossen Teil Unternehmer – gehören zum obersten *einen* Prozent der Steuerpflichtigen, die für 40 Prozent der Steuereinnahmen aufkommen.

Eines kann ich voraussagen: Niemand wird diese Erbschaftsteuer bezahlen! Die Betroffenen werden dafür sorgen, dass sie entweder beim Erbgang kein 50-Millionen-Vermögen mehr haben oder ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. So oder so werden sie dann aber auch die jährlichen ordentlichen Steuern in der Schweiz nicht mehr bezahlen. Zahlen würde einmal mehr der Mittelstand.

Ich habe als Bauer gelernt: Die besten Milchkühe bringt man nicht zum Metzger, sondern man melkt sie. Aber die Linke macht mit den guten Steuerzahlern das Gegenteil.

Sie sehen: Die Welt spinnt auch in der Schweiz. Unser solides Land wird heute zunehmend von links – also sozialistisch – untergraben. Darum ist Gegensteuer das Gebot der Stunde!

## Nein zur 13. AHV-Rente

Am 3. März werden wir an die Urne gerufen. Natürlich wäre es schön, eine 13. AHV-Rente zu bekommen.

Ich als AHV-Bezüger nähme auch noch gerne eine vierzehnte und fünfzehnte. Und trotzdem müssen wir Nein sagen. Denn als verantwortungsvolle bürgerliche Partei fragen wir: «Wer soll das bezahlen?» Wollen wir noch mehr Lohnabzüge, also tiefere Nettolöhne für alle, und trotzdem noch teurere Produktionskosten? Oder wollen wir höhere Steuern? Das heisst mehr Inflation und für alle weniger zum Leben. Nein und nochmals nein, meine Damen und Herren, die SVP will die AHV retten und nicht zerstören!

### Zur Sicherheit der Schweiz

Die Schweiz wurde dank der bewährten schweizerischen Neutralitätspolitik vor schrecklichen Weltkriegen verschont. Zweihundert Jahre ohne Krieg, das soll uns einer nachmachen! Aber statt diese Stärke hochzuhalten, ergreift auch die Schweiz Sanktionen der EU gegen eine Kriegspartei (eine Atommacht!) und wird selber Kriegspartei. Darum haben wir die Neutralitätsinitiative lanciert. Sie ist ein entscheidender Gegenschlag gegen die Kriegstreiber im Bundeshaus.

Wo wir auch hinschauen: Was sich bewährt hat, wird pubertär zur Seite geschoben. Eingebildete Schnösel, selbstgefällige Grünschnäbel und überhebliche, unreife Hochschulabgänger beseitigen solides politisches Handwerk.

## LACHEN VERBOTEN!

«Unser nördliches Nachbarland ist nahezu zahlungsunfähig und unter einer Ampel-Regierung von drei Parteien dabei, seine erfolgreiche Industrie zu verschrotten. Doch für uns Autofahrer ist eigentlich klar: Bei einer Ampel, die gleichzeitig auf Grün, Rot und Gelb gestellt ist, muss es ja «chlöpfen!»»

*Christoph Blocher an der Albisgüetli-Rede 2024*



Sie sehen, auch die Schweiz beginnt zu spinnen. Die SVP muss dringend Gegensteuer geben. Das Land braucht die SVP.

### Hauptbedrohungen

Die Hauptbedrohungen für unser Land sind nach wie vor das masslose Bevölkerungswachstum und die Preisgabe der Unabhängigkeit. Das exorbitante Bevölkerungswachstum ist endlich zu bremsen, wie wir dies seit Jahren fordern. Die exzessive Zuwanderung ist die Wurzel allen Übels. Wenn im Parlament wieder nichts passiert, obwohl alle gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind, ist mit den Wahlen 2027 Remedur zu schaffen – dann, meine Damen und Herren, wird es «rähle». Ideen dazu habe ich bereits im Kopf.

*Fortsetzung auf Seite 4*

**Bundesrat beharrt auf Gratis-Abo, weil er «nur» eine halbe Million bekommt.**

*cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl*



### Kampf für die Unabhängigkeit – gegen Kolonialverträge

1992 tat die Classe politique alles, um die Schweiz in den EWR und in die EU zu treiben. Doch die Obrigkeit hat die Rechnung ohne die Zürcher SVP gemacht. Diese trat hier im Albisgüetli als erste und einzige Partei an einer denkwürdigen kontradiktatorischen Versammlung am 3. Juli 1992 an. Sie fasste überdeutlich die Nein-Parole gegen den EWR/EU-Beitritt und sprach sich damit klar für eine freie, direktdemokratische, souveräne Schweiz aus. Es war der entscheidende Schlag gegen den EWR/EU-Beitritt. Darum ist dieser Saal das moderne Rütli. Es ist das berühmteste Schützenhaus der Schweiz mit dem Leitspruch: «Üb' Aug' und Hand – fürs Vaterland.»

Wir EU-Beitrittsgegner wurden im Abstimmungskampf von der Obrigkeit, der Verwaltung, den Wirtschaftsverbänden und der Journalistenzunft verunglimpft und ungläubwürdig gemacht. Aber wir trösteten uns mit Friedrich dem Grossen, der gesagt hat: «Wer viele Affen um sich hat, der wird auch oft gebissen.» Solche Affen hat es auch heute mehr als genug! Aber unser Kampf hat sich gelohnt. Bei einer Rekordstimmeteiligung von 78,3 Prozent stimmten die Mehrheit der Stimmbürger und zwei Drittel der Kantone für die schweizerische Unabhängigkeit und damit gegen den Beitritt zu EWR und EU. Ohne diesen Erfolg wären wir heute Mitglied der Europäischen Union.

Doch leider werkelte die Classe politique auch nach 1992 weiter an der Preisgabe der schweizerischen

Unabhängigkeit – mit dem Rahmenabkommen Schweiz-EU. Aber der Bundesrat sah ein, dass das Schweizer Volk diesem Vertrag niemals zustimmen würde und beerdigte ihn im Mai 2021 gleich selbst.

### Die erfolgreiche Schweiz aufgeben?

Aber wie es schon Schiller sagte: «Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.» Die EU-hörige Classe politique gibt auch heute wieder keine Ruhe. Am 15. Dezember 2023 trumpfte der Bundesrat auf: Er strebe eine Paketlösung an, nicht mehr einen Rahmenvertrag. Statt die Schweiz einzurahmen, soll sie jetzt eingepackt werden!

Aber es ist genau der gleiche Kolonialvertrag. Dieser soll perfiderweise in sieben Verträge – in sieben Kolonialverträge – aufgeteilt werden, wohl um die Gegner und das Schweizer Volk zu zermürben.

Wieder will man wie schon 1992 und 2021 dafür sorgen, dass künftig die EU die Schweizer Gesetze erlässt und der EU-Gerichtshof endgültig entscheidet. Das Schweizer Volk und die Schweizer Souveränität sollen ausgeschaltet werden.

Dieser Schritt ist heute noch unverständlicher als 1992, denn dieser Angriff trifft heute auf eine Schweiz, die in allen Rankings obenauf schwingt. Man will ausgerechnet eine erfolgreiche Schweiz aufgeben, der es besser geht als den anderen Ländern.

### «Das war meine letzte Albisgüetli-Rede»



Am Schluss seiner 36. Albisgüetli-Rede (!) kündigte Christoph Blocher zur völligen Überraschung der weit über tausend Anwesenden an: «Dies war meine letzte Albisgüetli-Rede!» Er sei nun 83-jährig, und eine derart wegweisende politische Rede am Jahresanfang

verlange eine sehr intensive Vorbereitung, die ihn auch während des Jahres immer wieder beschäftige, und man wisse nie, was auf einen zukomme. Daher wäre es vermessen, schon wieder die nächste Rede anzukündigen. Er sei aber dankbar, dass es so lange so gut gegangen sei. Aber jetzt müsse Schluss sein. «Solange ich aber gesund bin und die nötige Kraft habe, werde ich politisch weiterkämpfen – für die Unabhängigkeit unseres Landes!» Danach verabschiedete er sich als Albisgüetli-Redner und sang mit Inbrunst das nebenstehende (abgewandelte) Lied vom Schacher Seppli – bzw. vom «Blocher Schtöffeli». Die Anwesenden dankten ihm mit einer stehenden Ovation und nicht enden wollendem Applaus. Und alle haben sich wohl erleichtert gesagt: Gott sei Dank, er wird uns als Sänger und als begnadeter Kämpfer für die Unabhängigkeit noch lange erhalten bleiben!

### Ich bi de Blocher Schtöffeli

*Ich bi de Blocher Schtöffeli,  
Im ganze Land bekannt.  
Bi früener i'r Regierig gsi,  
Jetz isch mi Schtell vakant.  
Han immer schwarzi Schöfli zellt  
I jeder freie Schtund.  
Ha eifach nöd realisiert,  
Dass d'Gfaahr vom Schteibock chunnt.*

*Und wenn's dänn s nöie Jahr ilüüt,  
Leg ich s schön Gwändli aa,  
Und gange zu de SVP,  
Lo alles andri stah.  
Me seit vo mir, ich weiss es au,  
Ich sey en Sonderfall,  
Im Albisgüetli macht das nüt,  
Wer schüsst, macht au en Knall.*

*Und chumm i dänn vor d'Himmelstüür,  
De Liebgott luegt mi aa  
Und frööget mich dänn ganz erschtuunt:  
«Was machsch dänn Du scho da?»  
«Ich suech mir doch e neue Schtell –  
Eini wo mir würdig isch.»  
Ich makes churz – i nu eim Satz:  
«Ich bi da – mach Du mir Platz.»*

Sollten Bundesrat und Parlament sogar die Volksabstimmungen über die «Paketlösung» mit Brüssel aushebeln (was der Mitte-links-Mehrheit zuzutrauen ist), werden die Wahlen 2027 für diese ein böses Ende nehmen. Dann lautet die Gretchenfrage: Wollt Ihr Bürger weiterhin Politiker, welche die Schweiz preisgeben und Euch das Stimmrecht wegnehmen? Und noch mehr Leute werden die SVP wählen!

### Schlusswort

Die SVP darf stolz sein, was sie bisher bereits bewirkt hat. 1977, als ich die Führung der SVP des Kantons Zürich übernommen habe, betrug ihr Wähleranteil schweizweit 9,9 Prozent. Heute ist die SVP Schweiz mit 28 Prozent die mit Abstand stärkste Partei des Landes.

Zudem haben wir am 6. Dezember 1992 die Jahrhundertabstimmung über den EWR/EU-Beitritt gewonnen und die Unabhängigkeit der Schweiz gerettet. Und 2021 wurde das Rahmenabkommen auf Druck der SVP zurückgezogen. Das soll uns eine andere Partei zuerst nachmachen!

### Wachsam bleiben

Meine Damen und Herren, für Kleinmut und Missmut ist also kein Platz. Aber wir müssen wachsam bleiben und auch anfällige Personen in den eigenen Reihen immer wieder ermahnen, damit aus der erfolgreichen SVP nicht ein Club von Karrierepolitikern wird.

Besinnen wir uns am Anfang des politischen Jahres an den folgenden Wegspruch, den ich auf einer Wanderung entdeckt habe. Es ist die Eidesformel der Talbehörde im freiburgischen Tafers von 1622:

Wir haben von Gottes Gnaden eine schöne Fryheit.  
Wir haben eigen Macht und Gewalt zu setzen [...].  
Wir sind gottlob keinem frömden Fürsten und Herren nichts schuldig noch unterworfen,  
denn allein dem allmächtigen Gott.

Möge uns Gott bei unseren grossen Aufgaben helfen!  
Es lebe die Schweiz!

*Christoph Blocher*

## Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

### Markus Rezzonico

Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
Pro Schweiz-Mitglied  
Pro Libertate-Mitglied  
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## Manager und Unternehmer



Am Brutto-Inlandprodukt (BIP) misst sich die aus Güterproduktion und Dienstleistung gesamthaft erreichte Wirtschaftsleistung eines Landes. Die Schweiz weist – gerechnet in Euro – pro Kopf ihrer Bevölkerung ein BIP von 57'100 Euro aus. Die EU ein solches von 26'500 Euro – nicht einmal die Hälfte des schweizerischen. Der markante Unterschied der Wirtschaftsleistung zwischen der Schweiz und der EU lässt Verwunderung wach werden, weshalb mehrere Manager grosser hiesiger Konzerne die Schweiz offensichtlich um jeden Preis in die wirtschaftlich wesentlich schlechter aufgestellte EU jagen wollen.

Nähere Betrachtung klärt auf: In die EU drängen insbesondere die Manager der international aktiven Konzerne, die auch bei Organisationen wie Economiesuisse das grosse Wort führen. Nicht selten Ausländer. Sie sind – Boni-orientiert – auf Kürzest-Erfolg erpicht. Zeigen sich Nachteile beschleunigt erzwungener, allenfalls gar spektakulärer Erfolge, sind deren Auslöser oft nicht mehr im gleichen Konzern – sie jagen bereits anderswo gleichem, Boni-trächtigem Kurzfrist-Erfolg nach.

Von ganz anderem Format sind jene Unternehmer, die ihr persönliches Vermögen weitgehend vollständig im eigenen Betrieb investiert haben. Sie haben ihr Unternehmen zumeist in solidem Zustand von ihren Vorfahren übernommen. Und sie sind sorgfältig darauf bedacht, das eigene Unternehmen in nicht minder gutem Zustand ihren eigenen Nachkommen dereinst übergeben zu können. Nicht Kurzfrist-Erfolg treibt sie an. Sie denken in Generationen.

Sie wollen mitbestimmen, wenn es um die Wirtschaftsordnung im Staat geht. Sie setzen auf Eigenständigkeit, auf aussergewöhnliche Leistung. Denn in einem Land, das nicht Rohstoffe, wohl aber Spitzenleistung verkaufen will, sichert allein überdurchschnittlicher Einsatz den Wirtschaftserfolg.

Die Auslieferung unserer Schweiz an die hochverschuldete EU kommt für solche Persönlichkeiten ebenso wenig in Frage wie die Unterwerfung der Schweizer Wirtschaft unter die im Schuldensumpf watenden Befehlshaber in Brüssel.

Das ist der Unterschied, der nie ausser Acht gelassen werden darf, wenn die von Managern beherrschten Spitzenverbände sich als Wasserträger der Ausverkaufspolitik Bundesberns aufspielen.

*Ulrich Schlüer*

Spalte  
rechts



# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18  
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Griesgrämiges, humorloses Alltagsleben?

# Neo-Puritaner

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Politikommissare der Neo-Puritaner verbieten den Ballermann-Hit «Layla» ebenso wie die unzensurierte Veröffentlichung von Pippi Langstrumpfs Negerkönig. Der muss nun Südseekönig heissen.



Der Begriff Neo-Puritanismus bezeichnet eine neue Form des Puritanismus, die sich in den letzten Jahren in westlichen Gesellschaften verbreitet hat. Er ist gekennzeichnet durch einen griesgrämigen, freudfeindlichen Rigorismus, der sich aus der Political Correctness und dem Woke-Gedankengut speist. Darin gleicht er dem religiösen Puritanismus, bei dem Glaubensfragen das Leben fundamental bestimmten – das Religiöse war politisch und das Politische religiös. Er war wie der neue Puritanismus – engherzig, pedantisch und humorlos.

## «Layla»-Verbot und Neger ... pardon: Südseekönig

Die Anhänger des Neo-Puritanismus sind der Ansicht, dass es Verhaltensweisen und Äusserungen gibt, die nicht toleriert werden dürfen. Dazu gehören Witze über Minderheiten, sexuelle Anspielungen oder freizügige Kleidung. Dazu gehören aber auch das Rauchen in öffentlichen Räumen, das Handy und Fleischgerichte an Schulen, Alkohol auf der Strasse, gezuckerte Speisen sowie fettiges Essen ohne Ampelwarnung. Die Politikommissare der Neopuritaner verbieten den Ballermann-Hit «Layla» ebenso wie sie die unzensurierte Veröffentlichung von Pippi Langstrumpfs «Negerkönig» untersagen, der nun Südseekönig heissen muss. Es droht uns ein durchreglementiertes Leben für eine infantilisierte Gesellschaft in einem sozialdemokratischen Nanny-Staat.

Der Neopuritanismus hat eine Reihe von negativen Folgen für die Gesellschaft. Er führt zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit und trägt zu einer Verschärfung der sozialen Polarisierung bei. Wer sich nicht an die Regeln der Political Correctness hält, wird kritisiert oder angefeindet. Dies kann dazu führen, dass sich Leute selbst zensieren, um nicht in Konflikt mit dem Neopuritanismus zu geraten. Der Neopuritanismus führt auch zu einer Einschränkung der Kreativität. Künstler und Autoren müssen sich immer mehr Gedanken darüber machen, ob ihre Werke als anstössig oder diskriminierend empfunden werden könnten. Dies kann zu einer Selbstzensur führen und die Vielfalt der künstlerischen Ausdrucksformen einschränken.

## Ausweg aus dem Neo-Puritanismus

Es ist wichtig, dem Neopuritanismus entgegenzutreten. Dies wird nur gelingen, wenn wir uns für die Freiheit der Leute einsetzen. Wir müssen uns gegen die Überregulierung des öffentlichen Lebens stellen und dem militanten Aktivismus der Neo-Puritaner entgegentreten. Wir müssen einstehen für eine freudvolle, freiheitliche Welt!

Hermann Lei

## Churz & Bündig

Gerhard Pfisters Kalkül: Mit dem Namen «Die Mitte» können die ehemaligen Konservativen der damaligen CVP wohl leichter verführt werden, etwas grosszügiger auf linksgrüne Rezepte, vor allem in der Sozialpolitik, einzuschwenken (andernfalls werden sie überstimmt). Das kann möglicherweise dem Architekten dieser Orientierungs-Verschiebung künftig einen Sitz im Bundesrat sichern. So werden «Staatsmänner» gemacht.

us

Neu im Shop

# Wilhelm Tell

Lebendiger Mythos

Dieses Buch hat viele Fakten und Hinweise, die nur einen Schluss zulassen TELL hat gelebt!

Auch wenn dies nicht ins Konzept unserer heutigen Historiker passt!

**PATRIOT.SHOP**  
Postfach 109, 8192 Glattfelden

rum Shop

**«Schweizerzeit»-Special**

**Fr. 69.– pro Monat** exkl. MWSt.  
**inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie**

**A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax**  
inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

**3 Jahre Vor-Ort-Garantie**

**OCotex AG – 041 799 50 00**

## Leserbriefe

### Baselbieter zahlen Basler Energiepolitik

Basel will – trotz Fachkräftemangel – ab 2026 sage und schreibe 1'000 Gasheizungen pro Jahr durch Wärmepumpen oder andere alternative Heizungssysteme (wie beispielsweise Fernwärme) ersetzen. Die zuständigen Firmen schaffen aber nur 300 bis 400 Anlagen pro Jahr. Mit zunehmender Reduktion der Gasheizungen steigt für die verbleibenden Gasheizungsbesitzer logischerweise der Preis pro geleistete Kilowattstunde. Der Unterhalt wird ebenfalls auf weniger Heizungen resp. Gasabnehmer verteilt, was ebenfalls zu höheren Kosten führt, denn der Unterhalt (Sicherheit etc.) des Gasnetzes muss bis zur Abschaltung der letzten Heizung vorgenommen werden. Da Baselland (2050) und Baselstadt (2037) unterschiedliche Geschwindigkeiten der Dekarbonisierung festgelegt haben, ist wohl klar, wer die erhöhten Preise bezahlt – natürlich die Baselbieter!

*Andi Trüssel, Landrat SVP, Frenkendorf BL*

### Kernkraft und schweizerische Gemütlichkeit

Nach der ideologisch gefärbten Ablehnung der Kernkraft hierzulande beginnt man zu ahnen, dass zu wenig Zeit verbleibt, um wirksam «pro Klima» tätig zu werden. Kernkraft, ob man will, oder nicht, hat eine exemplarisch hohe Energiedichte. Es braucht

eintausend Riesenwindräder für die gleiche Leistung, die eines der hiesigen Kraftwerke erbringt – und dazu «standby»-Kraftwerke für die Windflaute. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung brauchen wir aber mehrere neue Kraftwerke plus Ersatz für auslaufende. Derweil fällt auf, dass Frankreichs Präsident Macron kürzlich Kasachstan besucht hat, den grössten Uranförderer der Welt mit 43 % Marktanteil, denn Niger, bisheriger Hauptlieferant Frankreichs, macht Probleme. Nur eine Woche nach Macron hat auch Putin Kasachstan besucht. Und im Oktober besuchte Chinas Präsident Xi Jinping Kasachstan, um die Kooperation zu intensivieren. Diese drei Staaten sind «big player» im Atomgeschäft. Nur die USA haben eine ähnlich grosse Bedeutung bei der zivilen Nutzung von Atomkraft. Ich will jetzt nicht behaupten, Bundesrat Rösli müsse sich dieser Reisediplomatie anschliessen. Aber wir müssen endlich aus unserer «Gemütlichkeit» erwachen und günstige Lieferverträge für Uran abschliessen, bevor der Preis weiter steigt. Denn Wind- und Sonnenkraft befinden sich im Krebsgang. Uran hingegen kann man speichern und lagern.

*Hans Georg Lips, Kreuzlingen TG*

### Über zweitausend Jahre nach Christi Geburt

Wir dürfen in einem christlich geprägten Land leben. Gott sei Dank. Bereits der Bund auf dem Rütli und später die Verfassung wurden unter den Schutz des Allerhöchsten gestellt. Mit dem grossen weissen



**SCC**

[www.swiss-classic-car.ch](http://www.swiss-classic-car.ch)  
verkauf | restauration | service

industriestrasse 10 | 8117 fällanden | 044 701 22 44

## Eingebürgerte Gewalttäter, schmarotzende Politiker



«Mangelndes Urteilsvermögen erreicht Stellen im Hirn, da kommt der gesunde Menschenverstand gar nicht hin.»

Hat Albert Einstein gesagt, und der kannte nicht nur die Relativitätstheorie. Was er im Aphorismus anprangert ist der allzu oft fehlende Menschenverstand.

### Eingebürgerter Gewalttäter

Der dunkelhäutige Brian Henry Keller wird 1995 in Paris geboren, kommt erst zu einem afrikanischen Grossfamilienverband und über seinen Vater in die Schweiz. Rasch zeigt sich sein Wesen: Mit 17 zieren 34 Deliktverfahren seine «vita». Wo er sich bewegt, verursacht er eine breite Spur von Blut, Gewalt und Leid. Er greift alle an: Vollzugsbeamte, Pfleger, Polizisten. Mit 16 wird er an der Psychiatrischen Uniklinik Zürich auf Anordnung von Fachärzten dauerhaft fixiert. Er führt Prozesse bis Bundesgericht – wer finanziert ihn? Er wird eingebürgert, auf Staatskosten therapiert und schlägt nun noch brutaler zu: Die Fürsorge-Therapie beinhaltet eine Kampfsportausbildung. Wollte man so sicherstellen, dass seine Gewalt an Effizienz gewinnt? Auf Druck von aussen schlüsselt der Zürcher Justizdirektor Martin Graf die monatlichen (sic) Therapiekosten für den Gewalttäter auf:

Vierzimmerwohnung 1'930 Franken / Kampfsporttraining 5'300 / Betreuung 11'100 / Privatlehrer 1'800 / Elternarbeit (wie definiert?) 1'000 / Taschengeld 640 / Freizeitgeld 500 Franken. Erfolg der «Therapie»? Null! Seine Delinquenz bleibt.

Es folgen sieben Jahre Gefängnis. Dann, vor einigen Wochen, kam er frei, stellte sich mit Kampfmesser ins Netz und drohte einen Ex-Knastkumpel zu töten. Zeigt ein Automobilist dem andern den «Vogel», ist dies strafrechtlich relevant. Prügelt sich aber ein pseudoafrikanischer Brutalo-Schläger durch die Adoleszenz, belohnt man ihn mit dem roten Pass und finanzieller Zuwendung.

### «Die Spesen-Schmarotzer»

Eher harmlos das «Vergehen» hochrangiger Berner Politiker, die sich trotz Spitzengehalt auch minimalste Spesen rückzahlen lassen. So liess sich Regierungsrat Philippe Müller, 60, FDP, (Jahreslohn 250'000 Franken) ein Brötli für 95 Rappen und eine Banane für 20 Rappen rückerstatten, wohl nach Motto: «Lieber den Magen verrenken als dem Steuerzahler was schenken!»

Fazit: «Wenn nach Einstein die beste Waffe gegen Dummheit der gesunde Menschenverstand ist, ändert das nichts: Gar zu viele sind unbewaffnet!»

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Kreuz auf unserer Landesfahne bekräftigen wir unsere christliche Gesinnung, und auch unsere Landeshymne preist Gottes herrliche Schöpfung und ruft zu Gebet und Dankbarkeit auf. Die hohen christlichen Feiertage Weihnachten, Palmsonntag, Karfreitag, Ostern und Christi Himmelfahrt werden von unsern Landeskirchen noch immer gebührend gefeiert. Sie tragen auch wesentlich dazu bei, dass das Gedächtnis an jene hochdramatischen Ereignisse in Jerusalem vor 2'000 Jahren niemals in Vergessenheit geraten. Jesus Christus, Gottes Sohn, der den Menschen vorgelebt hat, wie man sich im irdischen Leben verhalten soll und der nur Gutes tat, wurde trotzdem von der Obrigkeit gehasst und zum Tod verurteilt. Unser Land hat sich auf die Seite Christi gestellt. Wir bedrängen oder bedrohen jedoch niemanden, der einen andern Glauben besitzt, denn Gott selbst achtet den freien Willen jedes Menschen. Erst am Ende der Zeiten wird er jene in sein himmlisches Reich holen, die ihm treu gefolgt sind.

Gret Ferndrigger-Girardin, Boppelsen ZH

### Bargeld bedeutet Freiheit!

Bereits 2026 will die Europäische Zentralbank (EZB) den digitalen Euro einführen. Was steckt dahinter? Leider nichts Gutes. Das erklärte Ziel der EZB ist es,

auf elektronischem Weg jegliche Geld-Transaktionen verfolgen zu können, so wie es auch heute schon möglich ist, den E-Mail-Verkehr zu observieren. Es ist erstaunlich, wie arglos viele Leute das achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen muss man wissen: Wer Twint-Überweisungen tätigt, verursacht dem Empfänger Gebühren. Es ist daher unfair, wenn beispielsweise bei Veranstaltungen oder im öffentlichen Verkehr Leute, die mit Bargeld bezahlen wollen, schlechter gestellt sind bzw. keinen Bonus erhalten. Dass SBB-Sparbillette nur digital und nicht am Schalter oder Automaten mit Bargeld gekauft werden können, ist ganz klar eine Ungleichbehandlung und eine Diskriminierung. Wenn nun der WEF-Gründer in einer seiner Schriften verlauten lässt: «Du wirst kein Eigentum mehr besitzen und dabei glücklich sein», so beweist das die Arroganz und den Enteignungsversuch durch die Elitären. Darum: Wehret den Anfängen. Bargeld ist Freiheit!

Marcus Stoercklé jun., Basel

### Aufwachen!

Europa ist am Aufwachen. Hätten alle Politiker die Schweizerzeit gelesen, hätten sie sich und uns allen einiges ersparen können.

Robert Erni, Rotkreuz ZG

# FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, [www.fitness-island.ch](http://www.fitness-island.ch)

Onlineshop: [www.4spa.ch](http://www.4spa.ch)



**FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.**



Sport- und Relaxbad



Flosten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biogauna



Feuersauna



Dachterasse



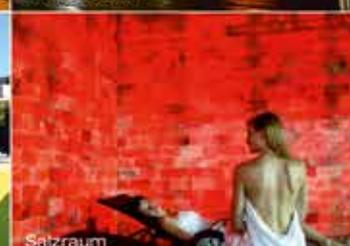
Alphasphere



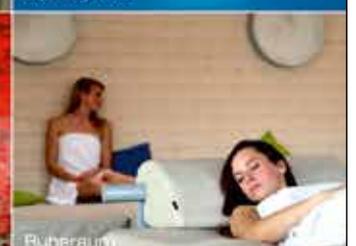
Fitness



Gartenanlage mit Salzwasserbad



Salzraum



Ruhezimmer

«Führung» wird ganz verschieden ausgelegt

# Die Quittung folgt auf dem Fuss

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

«Führung» steht für Leiten oder Bestimmen in Gruppen und Organisationen; Menschenführung, als Kurzform, beinhaltet koordinierende Massnahmen Vorgesetzter in Organisationen» (Wikipedia)



Die Mehrheit der Exekutivmitglieder auf Bundes- und Kantonsebene hat vor Antritt ihres Amtes nicht einmal ansatzmässig in ähnlich verantwortungsvoller Führungsfunktion gearbeitet. Weder die «Chefin» noch die Mitglieder der Zürcher Kantonsregierung werden Eignungstests (Assessments) unterzogen. Ob das zeitgemäss ist, muss an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Sicher ist aber: Es kann

sehr teuer werden, wenn der Regierung oder einem ihrer Mitglieder ein Führungs- oder Kontrollfehler unterläuft.

Darin unterscheidet sich die Politik nicht von der Wirtschaft. Doch in der Wirtschaft sind die Möglichkeiten für Kontrollmechanismen um einiges grösser, die Arbeit der Kontrollgremien kann eindeutig und klar definiert werden und die (Finanz-) Interessen der involvierten Interessengruppen werden meist viel stärker gewichtet. Nicht so in der Politik: Das Volk bestimmt mit der Wahl, ob es einzelne Kandidatinnen und Kandidaten als geeignet oder nicht geeignet beurteilt. Einmal gewählt, hat ein Regierungsmitglied den «Eignungstest bestanden» und bleibt bis zum Rücktritt, der Nichtwiederwahl oder (in ganz seltenen Fällen) seiner Absetzung oder seinem Tod, im Amt. Der Regierungspräsident oder die -präsidentin leitet die Sitzungen des Kollegiums, ansonsten nehmen sie vor allem repräsentative Aufgaben wahr.

«Die einzelnen Regierungsräte räumen den Regierungsaufgaben Vorrang gegenüber der Führung der Verwaltung ein». So lautet das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Kantonalen Verwaltung, OG RR, 172.1, § 2.4.). Konkret heisst dies: Der Kanton Zürich aus sieben einzelnen Fürstentümern. Deren Verwaltung wird je nach Persönlichkeit und Erfahrung des einzelnen Magistraten an einer kürzeren bis sehr langen Leine gehalten. Und das Sprichwort «Die Verwaltung regiert» trifft leider mehrheitlich zu. Die Hauptaufgabe des Controllings im Kanton liegt bei der Finanzkontrolle (FK), dem obersten Finanzaufsichtsorgan des Kantons – mit Aufsichtsfunktion über die kantonale Ombudsperson, die Datenschutzbeauftragte, die kantonale Verwaltung, die Justizverwaltung

und die öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Oberaufsicht sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei ihren Aufsichtsaufgaben. Die FK ist unabhängig und nicht weisungsgebunden. Gesetzliche Grundlage ist das Finanzkontrollgesetz (FKG, 614).

Weitere Controlling-Tätigkeiten werden durch die Amtsleitung der Finanzverwaltung (dem Finanzdirektor unterstellt), die Staatskanzlei (Regierungscontrolling) und insbesondere durch die Direktionen selber (direktionsintern geregelt) wahrgenommen.

Was den im Finanzkontrollgesetz definierten Kompetenzen der Finanzkontrolle fehlt, sind die gerichtliche Kompetenzen eines Cours des Comptes (franz. Rechnungshof), mittels welchen bei Bedarf zeitnah und mit absolutem Durchgriff gehandelt werden kann. Dies ist derzeit im Kanton Zürich unmöglich und spielt den Interessen von Schmarotzern und Gesetzesbrechern in die Hände.

Verwerfungen, wie sie am Unispital zutage getreten sind (v. a. Kompetenzüberschreitungen) und bald auch bei Lokalspitälern auftreten könnten und in der Justizdirektion vorgefallen sind (Datenmissbrauchsvorfall, derzeit durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission untersucht) könnten viel rascher und effektiver angegangen werden. Eine gestärkte Finanzkontrolle wäre zudem effizienter beim Schutz unseres Staates vor kriminellen Machenschaften und sie würde präventiv Verluste verhindern. Das Finanzkontrollgesetz gehört dringend «saniert».

Hans-Peter Amrein

**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

Filiale Bahnhof Chur  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

Ideologien bringen keine Lösungen

# Scheitern der Energiewende ist absehbar

von Ueli Gubler, Ingenieur HTL, Stettfurt TG

Das im Jahre 2017 beschlossene «Energiekonzept 2050» sieht den Ausstieg aus der Kernenergie und den Verzicht auf fossile Brennstoffe vor. In der Botschaft des Bundesrates wurden die Kosten für einen vierköpfigen Haushalt pro Jahr mit vierzig Franken beziffert. Im Juni 2021 eröffnete Bundesrätin Simonetta Sommaruga den Abstimmungskampf zum CO<sub>2</sub>-Gesetz mit der Bemerkung, dass die Energiewende schweizweit wohl hundert Milliarden Franken kosten werde. Pro Haushalt wären das insgesamt 48'000 Franken für die Umrüstung. Es ist zu befürchten, dass der Bund, und nicht nur er, keine Ahnung davon hat, wie gross der technische Aufwand für die Energiewende sein wird.



Der jährliche Energiebedarf der Schweiz beträgt 220'000 GWh (Gigawattstunden). Davon stammen aus den AKW 20'000 GWh und aus den fossilen Brennstoffen (Benzin, Diesel, Öl und Gas) 131'000 GWh. Das «Energiekonzept 2050» verlangt somit, dass somit 151'000 GWh durch die Wind- und Sonnenenergie ersetzt werden.

Das Wind-Vorzeigeobjekt «Verenafahren» im deutschen Tengen nördlich von Schaffhausen mit einer Nennleistung von zehn Megawatt (MW), verteilt auf drei Turbinen, schafft 19 GWh/Jahr oder 6 1/3 GWh/Jahr und Rad. Grössere Windräder, z. B. des Typs Vestas V162, bringen es auf acht GWh/Jahr. Sie sind jedoch fünfzig Meter höher, nämlich 250 Meter (!) hoch. Für den Ersatz der 151'000 GWh wären somit rund 19'000 Windräder erforderlich. Die Fläche der Schweiz beträgt 41'285 km<sup>2</sup>, die Siedlungsfläche misst 3'300 km<sup>2</sup>, und

die Fläche über 2'000 Meter beträgt 9'500 km<sup>2</sup>. Es verbleiben also noch 28'485 km<sup>2</sup> für die 19'000 Windräder. Standorte über 2'000 Meter sind für grosse Baumaschinen und Krane nicht zugänglich, es sei denn, die Standorte liegen in unmittelbarer Nähe von Passstrassen. Das heisst: Auf je 1,5 km<sup>2</sup> der verbleibenden Fläche vom Genfer- bis zum Bodensee käme ein Windrad zu stehen, unabhängig davon, ob sich der Standort eignet oder nicht.

Das macht deutlich, wie ineffizient Windräder sind, bzw. wie ungeeignet die Schweiz für Windräder ist. Der offizielle Windatlas der Schweiz weist eine durchschnittliche Windgeschwindigkeit von rund 5 m/sec aus. Gemäss den Leistungskurven verschiedenster Produkte beginnen Windräder erst ab dieser Windstärke zu produzieren. Die Auslastung der bestehenden sechzig Windräder der Schweiz beträgt deshalb lediglich

17 Prozent (Verhältnis der produzierten Strommenge verglichen mit der möglichen Menge aufgrund der installierten Nennleistung). Die Auslastung an der deutschen Nordseeküste beträgt das Doppelte. Deshalb stehen neunzig Prozent der deutschen Windräder nördlich von Berlin.

Der Nutzen von Windrädern wird oft mit Haushaltseinheiten von 3–5'000 kWh/Jahr angegeben. Das ist jedoch eine Mogelpackung. Der tatsächliche Energieverbrauch einer Person beträgt 27'000 kWh pro Jahr. Das sind 108'000 kWh für einen vierköpfigen Haushalt. Die Industrie, das Gewerbe, die Einkaufszentren, die Schulanlagen, die Spitäler usw. können nicht einfach ausgeklammert werden. Die CO<sub>2</sub>-belastete Energie pro Person beträgt im Jahr ca. 20'000 kWh. Bei einer Jahresproduktion eines Windrades von acht GWh vermag ein Windrad den Bedarf von nur 400 Personen abzudecken.

### Solaranlagen

Die geplante Solargrossanlage «Gondosolar» (VS) beansprucht eine Fläche von 100'000 m<sup>2</sup> und produziert gemäss der Bauherrin Alpiq im Jahr 23 GWh. Um die 151'000 GWh zu ersetzen wären 6'560 solcher Anlagen nötig. Diese Fläche entspricht 2/3 der Fläche des Kantons Thurgau. Das ist somit ein unmöglicher Gedanke. Auch ein Mix aus Windrädern und Solaranlagen ändert am enormen Platzbedarf nichts.

### Die Speicherung

Wind- und Sonnenenergie sind nicht planbar. Sie fallen manchmal, jedoch meistens nicht an. Der sogenannte Volllaststundenfaktor beträgt für Windräder weniger als zwanzig Prozent, jener von Solaranlagen ca. 12 Prozent; darüber zerbrechen sich Wissenschaftler seit zu bald dreissig Jahren die Köpfe, ohne Erfolg. Es sind nicht nur die täglichen Schwankungen, die es auszugleichen gilt. Die saisonalen Schwankungen sind weit grösser und liegen bei Solaranlagen beim Verhältnis 1:5. Für grosse Mengen kommen aktuell nur Pumpspeicherbecken oder der Umweg über den Wasserstoff in Frage. So oder so sind die Verluste gigantisch.

Unter der Primärenergie versteht man die Strommenge, die ein Land erzeugt, plus das Netto aus dem Ex- und Import. Der Endverbrauch umfasst den Strom, welcher tatsächlich vom Endverbraucher bezogen wird. Das sind im europäischen Netz lediglich 70 Prozent der Primärenergie. 30 Prozent sind Netzverluste oder gehen bei den Umwandlungen in den Transformationsstationen usw. verloren. Bei Pumpspeicherbecken beträgt der Verlust über 50 Prozent, und bei der Produktion und Anwendung von Wasserstoff über 70 Prozent. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Effizienz von Flüssiggas derart positiv propagiert wird. Die Energie für das Fracking, die Verflüssigung auf minus 162° für den Transport auf dem Meer und die anschließende Verdampfung wird verschwiegen. Die erneuerbaren Energien vergrössern die Differenz zwischen der

Primärenergie und dem Endverbrauch erheblich – und die schlechtere Ausnützung kostet auch noch viel Geld.

### Der Netzausbau

Der aktuelle Stromverbrauch beträgt 58'000 GWh. Wenn die Energie der fossilen Brennstoffe verstromt wird, erhöht sich der Stromkonsum um 151'000 GWh auf 209'000 GWh. Das ist das 3,6-fache des heutigen Volumens. Darauf sind unsere Stromnetze nicht ausgelegt. Es geht nicht nur um die Übertragungsleitungen. Die Auswirkungen werden bis in die Quartiere hinunter spürbar werden.

### Fazit

Je grösser ein Projekt, desto wichtiger ist eine sorgfältige Planung. Das Auf-den-Kopf-stellen der bewährten Energieversorgung ist ein Mammutprojekt, für das jegliche Erfahrung fehlt. Es ist angesichts der enormen Kosten unverantwortlich, auf gut Glück Windräder in die Landschaften zu setzen. Damit darf erst begonnen werden, wenn das Konzept mit hoher Detailgenauigkeit steht. Es wäre fatal, wenn sich solche Eingriffe in empfindliche Landschaft als Flop erweisen würden. Vorgängig sind dreierlei Dinge zu klären: die Anzahl der Wind- und/oder Solaranlagen, die Speicherung des Stroms sowie der Netzausbau.

### Deutschlands Desaster

Die erstellten 30'000 Windräder und 600 km<sup>2</sup> Solaranlagen vermögen nur knapp zehn Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfes zu decken. Der Bau der Windräder ist ins Stocken geraten.

Die Ampel versucht die zum Teil selber verursachten Stromengpässe mit teurem Flüssiggas und dem Wiederhochfahren von alten Kohlemailern zu lindern. Das ist das stille Eingeständnis, dass die Energiewende mittels Wind und Sonne gescheitert ist.

Es ist auch das Eingeständnis, dass man mit der permanenten Drohung der «Endzeit» sämtliche Einwände im Keime erstickt hat und man nun den erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoss in Kauf nimmt. Das ist nicht glaubwürdig. Wer die Klimarettung in letzter Minute ernst nimmt, handelt anders. Deutschland sah sich als Vorreiter der Energiewende, vor dem sich der Rest der Welt verbeugen sollte. Das ging völlig schief. Deutschland ist drauf und dran, seine Wirtschaft zu strangulieren.

Wir haben die Wahl, es anders – besser – zu machen. Gegen Ideologie ist leider kein Kraut gewachsen. Vielleicht öffnen die steigenden Stromkosten, die auch zu uns überschwappen werden, den Leuten die Augen. Der vom Bund geplante «Mantelerlass» soll angeblich die Versorgungssicherheit erhöhen. In Tat und Wahrheit werden damit die bisherigen Grundrechte eingeschränkt. «Corona lässt grüssen». Es kommt nicht gut, wenn begründete Einwände für eine von Beginn weg zum Scheitern verurteilte Sache vorsorglich verhindert werden.

*Ueli Gubler*

Ein Ziel – das ihm persönlich wohl wichtigste – hat Bundesrat Ignazio Cassis mit seiner Ukraine-Konferenz erreicht: Er stand – von allen Medien übertragen – ganz zuvorderst in der Phalanx der (vermeintlich oder tatsächlich) Wichtigsten dieser Welt. Und kein einziger Medienvertreter wagte zu hinterfragen, ob für das öffentlich grandios aufgezogene Spektakel wahrhaftig «Frieden» das zu erreichende Ziel war.

Denn Frieden hatte zu Davos keine Chance. Wer nur eine einzige Partei – propagandistisch fulminant in Szene gesetzt – der Welt in allem Glanz vorführt, strebt nicht unparteiisch einen für beide Kriegsparteien akzeptablen Frieden an. Er bietet allein jener Partei ein Forum, welche andere Staaten – zuweilen drohend, zuweilen auch bittend – um noch mehr Waffen, um noch mehr Unterstützung angeht, damit sie ihre Kriegsziele intensiver verfolgen kann.

**Akzent**

Der Krieg in der Ukraine ist zum grausamen Stellungskrieg erstarrt. Zwar kann jede Partei mit Raketen- oder Drohntreffern noch auf sich aufmerksam machen. Aber irgend so etwas wie einen Durchbruch erzielt keine Partei mehr. Nur immer schwerere Schäden werden hinterlassen. Und der Stellungskrieg fordert – auf beiden Seiten – wöchentlich tausende Tote und Verstümmelte. Ebenso grausam wie sinnlos.

Eigentlich schließe jetzt die Stunde des Neutralen. Für denjenigen, der – sorgfältigst jegliche Parteinahme vermeidend – Kontakte nach beiden Seiten anzubauen sucht und beharrlich darauf hinarbeitet, dass der Konflikt endlich am Verhandlungstisch anzugehen und einer Lösung entgegenzuführen sei – mit beidseitig einzuhaltendem Waffenstillstand als erstem Schritt. Solches ist – unverbrüchlich auf Schonung der vom Krieg betroffenen Opfer ausgerichtet – mittels glamourös

## Churz & Bündig

In den Spitälern nähmen Gewalttaten bedrohlich zu, wird Alarm schlagend im ganzen Land verbreitet. Aber nicht ein einziges Medium getraut sich, ob dieser offensichtlich markant zunehmenden, immer brutaleren Gewalt wenigstens ein Wort zu verlieren über die Nationalität der zunehmenden Zahl von Gewalttätern in unserem Land.

Wir zweifeln nicht daran: Eher erlassen die Spitäler unter der Fuchtel politischer Korrektheit ein generelles Besuchsverbot, als dass sie auf den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Gewalt und Masseneinwanderung auch nur mit einem einzigen Wort hinweisen werden. *us*

aufgezogener Gipfel-Show lediglich für eine Kriegspartei nicht zu erreichen.

\*

In den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts amtete ein (freisinniger!) Bundesrat, der wohl zu den bedeutendsten in der zweiten Hälfte seines Jahrhunderts zu zählen ist. Er hat auch international – vor allem in der Durchsetzung von Freihandelskonzepten – Bedeutendes erreicht: Hans Schaffner. Er präsierte sogar – erfolgreich! – internationale Konferenzen. Und er lehrte sein Departements-Kader, wie der Neutrale auf internationaler Ebene sowohl in Konferenzen als auch in Aktionen der Friedensvermittlung operieren kann.

Höchstes Gebot dabei: Der Neutrale stellt sich selbst nie in den

Mittelpunkt. Hans Schaffner mied jede Medienkonferenz. Die Auftritte dort überliess er bewusst den Mächtigen, den Machtbewussten, den Machtversessenen. Der Konferenzpräsident, einem neutralen Kleinstaat entstammend, wirke vielmehr überlegt und zäh aus dem Hintergrund. Der Neutrale – diesen Lehrsatz hat Hans Schaffner sowohl seinen Unterhändlern als auch den Parlamentariern in der Heimat unermüdlich eingeschärft – gehört nicht ins Rampenlicht, nicht ins Scheinwerferlicht. Er gleicht aus, diskret, aber auch beharrlich und sorgfältig aus dem Hintergrund operierend. Immer auch darauf bedacht, dass die Kleinen durch die von den Grossen schliesslich getroffenen Deals nicht vom Tisch gefegt werden. Gelingen dies dem Vertreter des Kleinstaats, entwickle er durchaus Grösse – die in den Medien selbstgefällig-pompös zur Schau zu stellen der Neutrale gar nicht nötig habe.

\*

Einen Hans Schaffner bräuchte die Schweiz heute. Nicht einen, dem das grässliche Geschehen an den Fronten und in den von Raketen getroffenen Stadtteilen bloss Vorwand ist, sich selbst als vermeintliche Schlüsselfigur inmitten der Grossen prahlerisch zur Schau zu stellen. Wer die grosse Show bloss für sich selbst sucht, verlängert und brutalisiert nur den Krieg. Der diskrete, zähe Neutrale wäre befähigt, ihn einzudämmen – bis zur Erreichung eines Waffenstillstands. Was der um weltpolitischen Glanz buhlende Cassis betreibt, dient gewiss nicht dem Frieden – er vergrössert fahrlässig bloss die Gefahr gefährlicher, von niemandem mehr beherrschbarer Eskalation.

\*

Eine weitere Beobachtung zum Gepränge am Davos-Gipfel: Die USA, vertreten durch ihren Aussenminister, schienen sichtlich bemüht, sich eben gerade nicht in die vorderste Front der sich als Konferenz-Helden gebärdenden europäischen Spitzenpersönlichkeiten vorzudrängen. Im Gegenteil: Die Medienglanz sichernden Parade-Positionen überliess der US-Aussenminister offensichtlich den Europäern.

Zufall oder Absicht? Nicht vergessen werden darf: Es war in den Neunzigerjahren die US-Administration

Clinton, die – ein Ziel, das anschliessend von sämtlichen Demokratischen US-Präsidentschaften konsequent verfolgt wurde – Russland vom direkten Zugang zum Schwarzen Meer koste es was es wolle abzuschneiden trachtete. Dieses Ziel ging als Brzezinski-Doktrin in die Weltpolitik ein – an den Namen des einflussreichsten aussenpolitischen Beraters demokratischer US-Präsidenten seit Jimmy Carter geknüpft. Würde Russland der Zugang zum Schwarzen Meer verbaut, könne es nicht mehr Grossmacht werden. Und das müssten die USA unbedingt erreichen: Eine Zielsetzung der US-Administrationen der Demokraten, die wesentlich zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs beigetragen hat.

\*

Und jetzt kann die Welt rätseln, weshalb die USA am Davoser Ukraine-Gipfel diskret im Hintergrund geblieben sind. Ob sie die Ukraine-Konferenz als Auftakt zur Beseitigung der ungeheuren Schäden vor allem in den ukrainischen Städten (tausend Milliarden Dollar werden dazu nicht ausreichen) werteten, wobei sie dazu den Europäern nur allzu gern den Vortritt lassen und mit gleichem Ziel nachdrücklich auf die Aufnahme der Ukraine in die EU pochen? Wollen die US-Demokraten den Europäern – bereits am schwersten getroffen von den Auswirkungen der von den USA gegen Russland durchgesetzten Boykott-Massnahmen – mit ihrem in Davos eingenommenen Verhalten die Hauptlast des Wiederaufbaus der zerstörten Städte in der Ukraine aufbürden? Diktierte dieses Ziel den sichtbar diskreten Auftritt Washingtons an Ignazio Cassis' Ukraine-Happening?

Ulrich Schlüer

Akzent

## Schweizerzeit STIFTUNG

*Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz*

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein **Legat** an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

**Schweizerzeit-Stiftung**

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Wofür sich die Schweiz einsetzen müsste

## Vom Wert diskreter Diplomatie

Professor Rudolf Bindschedler (1915–1991), seit 1950 der Eidgenossenschaft als Spezialist, schliesslich als Chef der Völkerrechtsdirektion wertvolle Dienste leistend, hat den Schweizer Diplomaten einen Ratschlag mit auf den Weg in ihre Karriere gegeben, der – obwohl vom offiziellen Bern längst verdrängt – gerade in Zeiten unwägbarer Entwicklungen unbedingt in Erinnerung zu rufen ist:

«Zweifellos fördert die heute üblich gewordene öffentliche Aussenpolitik kaum den Frieden, weil sie zu sehr unsachliche Faktoren ins Spiel bringt. Ähnliches gilt für die in Mode gekommenen Gipfelkonferenzen und unzählbaren Ministertreffen. Da sie unter Erfolgszwang stehen, ergeben sich aus ihnen, wenn überhaupt etwas, meistens Scheinlösungen. Dazu kommt, dass persönliche Sympathien und Antipathien die schon genügend schwierigen Probleme überlagern. Aus der Geschichte lässt sich entnehmen, wie mager oder sogar unheilvoll die Ergebnisse solcher Zusammenkünfte waren. Redeschlachten sind nicht Gespräche, gegenseitige Anklagen und Beschimpfungen statt Verhandlungen. Die Macht des Wortes und die Masse des Papiers werden für die Realität genommen, die sie nur verschleiern. Damit wird eine Welt der Illusion geschaffen, gegenüber die sich die Wirklichkeit nur um so brutaler durchsetzt.

Es wäre schon einiges gewonnen, wenn man von diesen üblen und kontraproduktiven Gewohnheiten abkommen und zur direkten und geduldrigen Diplomatie zurückkehren würde. Richtige Verhandlungen lassen sich nur im Schutze der Vertraulichkeit führen. In einer solchen Atmosphäre werden Konzessionen eher gemacht. Das gilt besonders auch für Anliegen wie den Schutz der Menschenrechte. Die Schweiz sollte es sich zur Aufgabe machen, bei jeder Gelegenheit für die Rückkehr zu sachlicheren und erfolgversprechenderen Methoden der zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen einzutreten. Auch das wäre ein bescheidener Beitrag zum Frieden.»

*Prof. Rudolf Bindschedler*

*(1915–1991, Schweizer Völkerrechts-Spezialist, ab 1950 Chef Völkerrechtsdienst – danach Völkerrechtsdirektion im EDA, dazu Lehrtätigkeit, ab 1963 Mitglied des ständigen Schiedshofs in Den Haag.*

# Schurwollbettwaren + Massivholzbetten

## Bestes Schlafklima für jedermann!



## Fachgeschäft für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Design  
*fanello* - Naturbettsystem  
 Naturlatexmatratzen  
 Schurwollduvets und -Kissen  
 antirheumatische Betauflagen

Spycher-Handwerk AG  
 Schaukarderei Huttwil



[www.kamele.ch](http://www.kamele.ch)

062 962 11 52



## STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

### Denkvorschriften

Grundrechte sind als Minderheitenrechte konstruiert und nicht als Rechtfertigungshürde für flächendeckende Eingriffe in normales Sozialverhalten. Doch in der entstehenden Postdemokratie wird der Elitenkonsens wahlweise als «die Demokratie» oder «unser Rechtsstaat» bezeichnet.

(Ulrich Vosgerau in «Cato» 1/2024)

### AHV

Die AHV ist der zweitgrösste öffentliche Haushalt der Schweiz. Er wird von verschiedenen Einnahmequellen gespiesen. Insbesondere der Bund leistet aus eigenen Mitteln jährlich einen hohen Beitrag an unser wichtigstes Vorsorgewerk. Die AHV ist damit nicht nur mit Abstand der grösste Ausgabenposten des Bundes – dessen Ausgaben für die AHV wachsen auch rascher als die Ausgaben für praktisch alle anderen Aufgaben. Ein noch höherer Bundesbeitrag könnte nur mit einer Steuererhöhung finanziert werden. Dieser Fakt sollte klar sein, wenn es um die Abstimmung über die Einführung einer 13. AHV-Rente geht.

(Newsletter Economiesuisse, 15.01.2024)

### Ebnat-Kappel

In diesen Tagen werden die ersten Flüchtlinge der Asylunterkunft im alten Teil des Alterszentrums Wier in Ebnat-Kappel zugewiesen. Diese Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft in Ebnat-Kappel wird weiterhin

von Widerständen aus der lokalen Bevölkerung begleitet. Kein Wunder: Hat doch der Ebnat-Kappler Gemeinderat die Bevölkerung weder beim Entscheid einbezogen noch frühzeitig informiert. Dies veranlasste die vier Toggenburger SVP-Kantonsräte, sich in den letzten Wochen intensiv mit dem Zuteilungsprozess von Asylsuchenden auf die Gemeinden im Kanton St. Gallen auseinanderzusetzen. Das Fazit der SVP-Kantonsräte Mirco Gerig, Lukas Huber, Ivan Louis und Christian Vogel ist klar: Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung vor Ort bei der Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der eigenen Gemeinde keinerlei Mitsprachemöglichkeiten hat – dieses Demokratiedefizit muss im Kanton St. Gallen korrigiert werden!

(Pressemitteilung SVP Toggenburg, 05.01.2024)

### Sanktionen

Obwohl der Wirtschaftskrieg die russische Wirtschaft beeinträchtigt, sieht es nicht danach aus, dass die Sanktionen Russland schnell genug in die Knie zwingen, um einen baldigen Waffenstillstand oder gar Frieden herbeizuführen. 2023 wird die russische im Gegensatz zur deutschen Wirtschaft sogar wachsen. Auf lange Sicht wird der Wirtschaftskrieg auch die Beziehungen zwischen dem Westen und dem globalen Süden belasten. Dort ist das Verständnis für die Sanktionspolitik des Westens schon heute gering. 86 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, die sich nicht an den Sanktionen beteiligen.

(Erich Weede in «Tichys Einblick» 01/24)

### Krisenwahl

Pünktlich zu den Europawahlen im kommenden Jahr steuert die Europäische Union auf eine existenzbedrohende Krise zu. Die Fliehkräfte sind unübersehbar: Massmigration höhlt die Sozialsysteme der Mitgliedsländer aus; gesellschaftlicher Zusammenhalt, innerer Frieden und Demokratie erodieren. Die Sanktionen gegenüber Moskau und die zig Milliarden schwere Hilfe für Kiew können die militärische Niederlage und den wirtschaftlichen Ruin der Ukraine nicht verhindern. Russland ging als günstiger Energie- und Rohstofflieferant der Gemeinschaft, besonders für deren Wirtschaftsmotor Deutschland, verloren. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und Finanzkraft wurden arg angeschlagen, die Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben wie die ökologische Transformation der Wirtschaft erheblich erschwert. Und wegen Brüssels einseitiger Parteinahme im aktuellen Nahostkonflikt droht Europa nun auch noch eine neue Terrorwelle.

(Stefan Baron in «Weltwoche», 14.12.2023)



**Das Büro Ha  
deckt auf!**



**Fracking-Gas.** Fracking-Erdgas für Europa beschert den Bewohnern der US-Golfküste Dürren, Krebskranke und Geburtsfehler. Im Bundesstaat Louisiana soll eine neue Anlage gebaut werden, um den Energiehunger der EU zu stillen. Wegen des gezielten Boykotts von russischem Erdgas ist die EU nach wie vor der grösste Importeur fossiler Brennstoffe auf der Welt. Dank der Irrsinn-Regierung Deutschlands, die mit ihrem «Handeln» ganz Europa in den Ruin treibt. Das Hauptproblem bei der Fracking-Gasförderung besteht darin, dass in der Regel die Sumpfgebiete in unmittelbarer Nähe des Meeres betroffen sind. Nach wiederholten Explosionen, um das Gas aus dem Boden zu holen, dringt das Meer in die Süsswasserreservate ein und verseucht sie mit Salzwasser. Dieses Meerwasser bahnt sich dann seinen Weg den Mississippi hinauf und beeinträchtigt das Wassersystem im noch trockeneren Nord-Louisiana und bedroht das Wasserreservoir eines Grossteils der US-Südküste.

Tis Hagmann

175 Jahre Bundesstaat und Bundesverfassung:

# Grundlage des Milizsystems, der Milizarmee und der Wehrpflicht

von Stefan Holenstein, Dr. iur., Rechtsanwalt, Oberst i Gst, Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz

Der nun seit bald zwei Jahren wütende Krieg gegen die Ukraine zeigt schonungslos auf, dass Sicherheit und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten sind. Aufgrund der offenen Entwicklung des Krieges ist künftig selbst eine mittelbare Bedrohung der Schweiz nicht auszuschliessen. Aber sind wir überhaupt verteidigungsfähig? Derzeit gewiss nur bedingt, denn der Zustand unserer Armee ist teilweise besorgniserregend. Gleichwohl verfügt die Schweizer Armee vor allem dank des Milizsystems, der allgemeinen Wehrpflicht und auch dank starker Milizorganisationen über ein vom Ausland bewundertes Erfolgsmodell und über gewichtige Trümpfe, die sie wieder viel stärker ausspielen muss – letztlich für ihr eigenes Überleben und ihre Existenzberechtigung!



Das 175-jährige Jubiläum unseres Bundesstaates und der Bundesverfassung im vergangenen Jahr sollte die Schweiz zum Anlass nehmen für eine Rückbesinnung auf ihre ureigenen Werte und Traditionen. Denn seit der Gründung des Bundesstaates im Jahr 1848 ist die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesverfassung verankert, seit 1999 explizit im Artikel 58: «Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.»

Am 12. September 1848 entstand die Schweiz im Herzen Europas. Der Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat 1848 veränderte die Beziehungen zwischen den Kantonen und dem Bund, da diese nicht mehr vertragsmässig – wie im Bundesvertrag von 1815 –, sondern institutionell geregelt wurden. Der Bund wurde zum eigenständigen Staatsorganismus. Der Zweck der neuen Verfassung war die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlands gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Die Bundesverfassung von 1848 anerkannte erstmals die allgemeine Wehrpflicht und untersagte dem Bund, stehende Truppen zu halten. Untrennbar verknüpft mit der Wehrpflicht ist das Milizsystem.

Der typisch schweizerische Begriff «Milizsystem» (lat. militia) umfasst das Recht auf Mitbestimmung im Gemeinwesen, vereint mit der Pflicht, dieses zu verteidigen.

Der Begriff «Miliz» ist ein auch im politischen und öffentlichen Leben unseres Landes verbreitetes und etabliertes Organisationsprinzip. Jede Bürgerin und jeder Bürger, der sich dazu befähigt sieht, kann neben- oder ehrenamtlich öffentliche Ämter und Aufgaben übernehmen. Auch in politischer Hinsicht stellt das Milizprinzip auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene bis heute ein wesentliches Merkmal der direktdemokratischen und föderalistischen Schweiz dar.

## Bedeutung der führenden Schweizer Milizorganisationen

Eine tragende Rolle für die Bewahrung und Förderung des Milizsystems nehmen die gesamtschweizerisch und föderal geprägten Milizorganisationen des Landes ein. Aktuell dominieren die folgenden vier grossen Gesellschaften die Schweizer Milizlandschaft:

Der **Schweizer Schiesssportverband (SSV)** ist die Dachorganisation der Schweizer Schützen, der 2001 aus der Fusion des Schweizerischen Schützenvereins (SSV), gegründet 1824 in Aarau, mit dem Schweizerischen Sportschützenverband (SSSV) und dem Schweizerischen Arbeiterschützen-Bund (SASB) entstand. Seit der Reorganisation 2011 fokussiert sich der Verband zwar stärker auf das Sportschiessen, ist aber für die Armee und die Schweizer Milizlandschaft nach wie vor ein unentbehrlicher Partner. Das ausserdienstliche Schiesswesen ist von grosser Bedeutung für eine glaubwürdige Milizarmee. Der SSV organisiert unter anderem seit über 130 Jahren das jährliche Feldschiessen, den grössten Schützenanlass weltweit mit rund 135'000 Teilnehmern. Die bewegte Geschichte unseres Bundesstaates seit 1848 ist eng verknüpft mit derjenigen der Schützen, die stets eine zentrale Rolle in der Identitätsfindung der Schweiz ausübten. Mit rund 130'000 Mitgliedern vertritt der SSV rund 2'600 Vereine und 35 Mitgliederverbände.

Die Bedeutung und Funktion der **Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG)** für die Entwicklung unseres Bundesstaates und seiner Milizarmee kann nicht hoch genug



eingeschätzt werden. Die seit ihrer Gründung 1833 unablässigen Bemühungen der SOG um die Wehrhaftigkeit und die Weiterbildung des Offizierskorps haben wesentlich dazu beigetragen, dass unser Land in den beiden Weltkriegen verschont geblieben ist. Zudem hat die SOG mit ihrer föderalistischen Struktur den inneren Zusammenhalt unseres Landes gefördert und die verschiedenen Kulturen und Landesteile einander näher gebracht.

Die SOG ist die Dachorganisation von 24 Kantonalen und 12 Fach-Offiziersgesellschaften mit rund 20'000 Offizieren. Sie bezweckt den Erhalt und die Entwicklung einer modernen Sicherheitspolitik auf der Basis einer starken Milizarmee, der allgemeinen Wehrpflicht sowie des Milizsystems.

Im Jahr 1971, mitten in der Zeit des Kalten Krieges, wurde die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände gegründet (LKMD). Die in den letzten Jahren etwas defensiv agierende Dachorganisation wurde ab 2021 stark modernisiert. Unter dem neuen Namen **Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG)** vereinigt der breit abgestützte Dachverband heute über dreissig militärische Vereine und Gesellschaften aller militärischen Grade und Waffengattungen – mit annähernd 100'000 Mitgliedern. Angeschlossen sind sämtliche Unteroffiziersgesellschaften, die vielfältigsten militärischen Fach-, inklusive Schützengesellschaften, und überdies einige namhafte Offiziersgesellschaften. Der VMG versteht sich als wichtige Stimme der Miliz. Er bezweckt die gegenseitige Unterstützung bei den ausserdienstlichen Tätigkeiten und nimmt zu sicherheits- und armeepolitischen Fragen dezidiert Stellung.

Die seit 2021 bestehende **Allianz Sicherheit Schweiz** ist die führende sicherheitspolitische Kampagnenorganisation des Landes, welche die sicherheitspolitische Meinungsbildung im Parlament und in der Öffentlichkeit prägt sowie Abstimmungskampagnen führt.

Die Allianz Sicherheit Schweiz setzt sich für eine ganzheitliche und langfristige Sicherheitspolitik ein; sie vertritt 37 angeschlossene Miliz-, Schützen- und Wirtschaftsverbände

sowie rund 1'500 Einzelmitglieder. Im Vorstand sind auch die Präsidenten des SSV, der SOG sowie des VMG vertreten; sie unterstützen die Organisation getreu dem Grundsatz: Getrennt marschieren, vereint schlagen!

#### **VMG würdigt Rolle der Miliz mit einem «Tag der Miliz 2023»**

Aus Anlass des Jubiläums 175 Jahre Bundesstaat und Bundesverfassung führte der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) am 8. Juli 2023 in Bern erstmals einen «Tag der Miliz» durch, um so die Leistungen und die Bedeutung der Milizverbände für die Armee zu würdigen. Der VMG wird den «Tag der Miliz» dank des grossen Erfolgs fortan in das jährliche Aktivitätenprogramm aufnehmen.

Derzeit fokussiert sich der VMG auf die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Armee, die nötigen finanziellen Mittel und den Erhalt des Milizsystems. Aus Sicht des VMG muss die Wahrung der Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz wieder erste Staatsaufgabe sein. Die Armee muss zurück zum Kernauftrag Verteidigung. Und es braucht die Miliz als Verfechterin der allgemeinen Wehrpflicht mehr denn je. Für den VMG ist eine Gesamtrevision des Dienstpflichtmodells unabdingbar. Nur so kann der inakzeptablen Defacto-Wahlfreiheit zwischen Armee und Zivildienst wirksam der Riegel geschoben werden.

#### **Rasche und massive Investitionen**

Ohne rasche und massive Investitionen ist das Ziel der verstärkten Verteidigungskompetenz nicht zu erreichen. Für den VMG ist es absolut unabdingbar, dass die vom Parlament im Mai 2022 beschlossene schrittweise Erhöhung des Armeebudgets von 0,7 auf 1,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis spätestens 2030 umgesetzt wird. Eine entsprechende Erhöhung erst bis 2035 – wie vom Bundesrat im Januar 2023 entschieden – hat zur Folge, dass der Armee unwiderruflich 10,6 Milliarden Franken für dringende Investitionen verloren gehen.

Zu unserem grossen Bedauern hat das Parlament in der Budgetdebatte der Wintersession im Dezember 2023 dieser Erstreckung bis 2035 zugestimmt, dank kräftiger Schützenhilfe der Partei «Die Mitte». Das ist skandalös und unverantwortlich! Denn damit ist die Sicherheit unseres Landes sowie unserer Bevölkerung durch eine glaubwürdige Milizarmee nicht mehr gewährleistet – und das auf viele Jahre hinaus.

Die Milizorganisationen werden sich gegen diesen Entscheid des Parlaments, der von der Mehrheit des Bundesrats getragen wird, zu wehren wissen!

*holenstein.st@bluewin.ch*

*Stefan Holenstein*

*Dr. iur. Stefan Holenstein, Rechtsanwalt, EMBA UZH, Milizoffizier und Oberst i Gst, eingeteilt im Stab HKA, seit November 2021 Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz VMG; vormalig war er Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft SOG (2016 bis 2021). Beruflich ist er Verwaltungsratspräsident und Mitinhaber des KMU-Unternehmens AIM Ad Interim Management AG in Zürich.*

# AHV ruinieren?

## **Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV**

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

## **Zahlen soll der Mittelstand**

Wir alle müssten diese superteure Initiative über höhere Lohnabgaben und steigende Preise finanzieren. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

## **Millionen fließen ins Ausland**

Fast eine Million Menschen im Ausland bekäme ebenfalls ein Rentengeschenk. Das kostet jedes Jahr deutlich mehr als 500 Millionen Franken - natürlich bezahlt von der Schweizer Bevölkerung.

## **Reiche erhalten am meisten**

Weil die Linken die zusätzliche Rente mit der Giesskanne verteilen, erhalten gerade die am meisten, die es gar nicht brauchen. Das ist unfair und unsozial.

**3. März 2024**

[www.zukunft-sichern.ch](http://www.zukunft-sichern.ch)

**13. AHV-  
Rente  
NEIN**

## Populistisch und unverantwortlich



Die Initiative der Gewerkschaften «Für ein besseres Leben im Alter», die eine 13. AHV-Rente fordert, tönt verlockend: Wer die maximale Rente bezieht, bekäme jährlich 2'450 Franken zusätzlich, d. h. insgesamt 31'850 Franken. Für Ehepaare würde die Rente um 3'675 auf 47'775 Franken aufgestockt. Wer würde nicht freudig Ja sagen zu mehr Geld!

Bezeichnenderweise steht im Initiativtext aber kein Wort darüber, wie das Ganze finanziert werden soll. Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SPS – die bekanntlich alles (und alles besser) weiss, behauptet, die Finanzierung sei kein Problem. Und wenn schon, brauche es nicht höhere Mehrwertsteuern, sondern allenfalls etwas höhere Lohnprozente. Das ist typisch für die Linke: Zahlen sollen andere – nämlich genau jene Leute, die hart arbeiten, also der ohnehin stark belastete Mittelstand! Und auch den kommenden Generationen würden noch mehr Lasten aufgebürdet.

Tatsache ist: Die Initiative brächte Mehrkosten von jährlich fünf Milliarden Franken. Tendenz steigend. Schon die heutigen Renten sind nur dank finanziellen Zuschüssen und gewissen Reformen noch bis 2030 einigermassen gesichert: Seit dem Jahr 2020 gelten bekanntlich höhere Lohnbeiträge, ab 2024 haben wir eine (um 0,4%) höhere Mehrwertsteuer, und ab

2025 gilt ein höheres Rentenalter für Frauen. Trotzdem wird die AHV ab 2030 jedes Jahr drei Milliarden Franken mehr ausgeben als einnehmen. Und das notabene ohne die 13. Rente! Mit dieser zusätzlichen Rente kämen wir bezüglich AHV-Finanzierung vom Regen in die Traufe.

Die 13. Rente würde den AHV-Fonds an den Rand des Ruins führen. Um dies abzuwenden, müsste der stark steigende Fehlbetrag mit noch höheren Bundesbeiträgen, noch höheren Mehrwertsteuern und/oder noch höheren Lohnbeiträgen sowie einem höheren Rentenalter ausgeglichen werden. Zudem will die Initiative die AHV-Renten für alle Bezüger mit der Giesskanne aufbessern. Auch das ist grundfalsch. Für wirklich bedürftige Rentnerinnen und Rentner gibt es bekanntlich die Ergänzungsleistungen.

Sogar der ehemalige Zürcher SP-Stadtpräsident Elmar Ledergerber kritisiert die 13. AHV-Rente in einem Interview in der «SonntagsZeitung» vom 14.1.2024 als «reinen Populismus», der mit Sozialpolitik nichts zu tun habe. Das Alter stelle heute, so Ledergerber – selbstverständlich mit Ausnahmen – kaum mehr ein Armutsrisiko für grössere Bevölkerungsgruppen dar. «Mit der AHV, der Pensionskasse und gegebenenfalls den Ergänzungsleistungen sind Rentner in der Schweiz besser gestellt als in jedem andern Land in Europa. Mit dieser Initiative würden wir (jährlich) 4,5 bis fünf Milliarden Franken zum Fenster hinauswerfen, zum grössten Teil zugunsten jener, die das Geld nicht nötig haben.»

Bleiben wir also realistisch, sagen wir am 3. März 2024 Nein zu dieser unverantwortlichen Initiative, so verlockend sie auf den ersten Blick auch tönen mag!

Nina Fehr Düsel, Nationalrätin, Küssnacht ZH



**Über 30% Wähleranteil.** Es gibt auch keine Ausreden mehr: Die AfD liegt im Osten überall bei über 30% Wähleranteil. Die Ausgrenzung und Überwachung muss ein Ende haben. Die bald grösste Partei muss eingebunden und nicht kriminalisiert werden. Die Ausgrenzer – nicht die Unzufriedenen – sind die Kriminellen. Und wie könnte es anders sein: Sarah Wagenknecht wird hofiert, dass sich die Balken (im morschen Haus) biegen. Aber «Einnahmen-Gebilde» haben noch nie eine Zukunft gehabt.

\*

**Cédric.** Der Co-Präsident der Sozialisten ist im Januar und Februar am Blaueiern. Selbstverständlich hat die Systempresse volles Verständnis für die „Auszeit“ des Linksideologen. Bei seinem «Zapfen» ist das kein Problem. Für Angehörige der Klasse «Gebärsaal, Hörsaal, Nationalratssaal» ist der Politikbetrieb natürlich besonders anstrengend. Deshalb taucht er jetzt ab. Wir sind überzeugt, dass er alle Familienreisli vollumfänglich «klimaneutral verfliegt».

Tis Hagmann

## Churz & Bündig

Weil er nicht nur das laut auszusprechen wagt, was ihm aus Bundesbern vorgebetet wird, weil er zweifelt an der bundesrätlichen Corona-Politik, an der bundesrätlichen Klimapolitik, an der bundesrätlichen Einwanderungspolitik, am bundesrätlichen Verrat der Neutralitätspolitik, an der bundesrätlichen Unterwerfungspolitik gegenüber der EU – und weil er sich nicht scheut, seine Zweifel offen auszusprechen, sieht sich die NZZ am Sonntag veranlasst, alt Bundesrat Ueli Maurer als kontroversen Radikalen, als weltverschwörungsanfälligen, radikalen Eiferer hinstellen zu müssen. An der Falckenstrasse glaubt man offenbar, demokratisches Verhalten nur jenen zugestehen zu dürfen, die bundesrätliche Ergüsse unkritisch nachbeten.

us

# JA zu weniger Zuwanderung zu einer sicheren AHV zur Renteninitiative



**Gregor Rutz**  
Nationalrat SVP ZH

«Die Renteninitiative trägt dazu bei, dass die AHV auch in Zukunft gesichert ist.»



**Diana Gutjahr**  
Nationalrätin SVP TG

«Wir brauchen weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland. Die Renteninitiative stärkt den Schweizer Arbeitsmarkt.»



**David Trachsel**  
Präsident JSVP

«Wenn es mit der Altersvorsorge so weitergeht, gehen die Jungen einmal leer aus. Deshalb braucht es die Renteninitiative.»



**Gregor R. Bruhin**  
Kantonsrat SVP ZG

«Rentenkürzungen vermeiden, Schulden reduzieren.»



**Nina Fehr Düsel**  
Nationalrätin SVP ZH

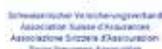
«Die Verknüpfung der Lebenserwartung an das Rentenalter sichert unser Rentensystem.»



**Nils Fiechter**  
Grossrat SVP BE

«Mit der Renteninitiative werden Arbeitgeber verstärkt auf inländische Arbeitnehmer setzen. Eine Reduktion der masslosen Zuwanderung ist deshalb sehr wahrscheinlich.»

## JA SAGEN AUCH:



renten-sichern.ch



Schweizerzeit-Leserreise 2024

# Usbekistan

Donnerstag, 26. September bis Dienstag, 8. Oktober 2024



Usbekistan, von mir 2017 erstmals bereist, hält für jeden Besucher eine Fülle an Überraschungen bereit.

Nach dem Zerfall des sozialistischen Sowjetimperiums zur Unabhängigkeit gelangt, ist Usbekistan – dank seines Reichtums an Bodenschätzen – ein reiches, entgegen europäischen Erwartungen aber auch hochentwickeltes Land.

In den historischen Städten Samarkand und Buchara wird der Besucher in die märchenhafte Zeit von 1'001 Nacht versetzt. Andererseits ist die Hauptstadt Tashkent eine hochmoderne, selbstbewusste Weltstadt.

Aber auch die Wüstenlandschaft ausserhalb der Städte fasziniert. Und sprichwörtlich ist die herzliche Gastfreundschaft, die man seitens nie zuvor je angebotener Usbeken immer wieder erfährt. Andererseits weckt der fulminante wirtschaftliche Aufbruch dieses Landes Respekt.

Usbekistan ist das Ziel der Leserreise 2024 der Schweizerzeit. Ich bin überzeugt: Jede Reiseteilnehmerin, jeder Reiseteilnehmer wird beeindruckt und begeistert sein von diesem Land und seinen Schönheiten.

Auf der ganzen Reise wird uns ein kundiger Reiseführer begleiten – so dass voraussichtlich nie ernsthafte Verständigungsschwierigkeiten mit der Bevölkerung entstehen. Denn die Bevölkerung ist ausgesprochen neugierig, mit Besuchern ins Gespräch zu kommen.

Ich freue mich, Sie auf der Schweizerzeit-Leserreise nach Usbekistan im Herbst 2024 begleiten zu können.

*Ulrich Schlüer*

Schweizerzeit  
«Leserreise 2024»

**Usbekistan**

Donnerstag, 26. September –

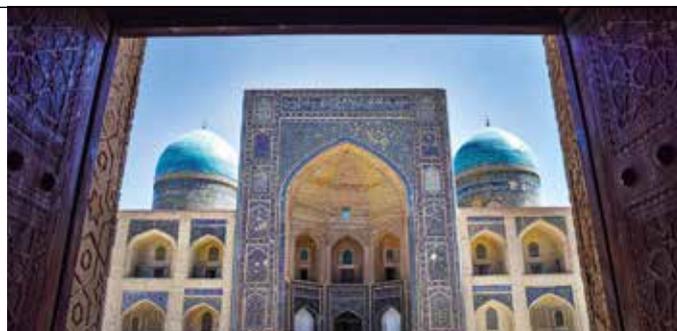
Dienstag, 8. Oktober 2024

Flug in die Oasenstadt Chiwa, Knotenpunkt an der historischen Seidenstrasse – Durch die Wüste nach Buchara, Perle Zentralasiens – Auf der modernen Seidenstrasse ins märchenhafte Samarkand mit prachtvollen historischen Bauwerken und orientalischem Basar – Mit Expresszug in die moderne Hauptstadt Tashkent – Per Zug ins Ferganatal, wo ursprüngliches Handwerk dominiert – Rückflug ab Tashkent via Istanbul nach Zürich.

Reiseorganisation durch Kultour-Reisen Winterthur.  
Reiseleitung für die ganze Reise.  
Reisebegleitung durch Ulrich Schlüer.

**Preis pro Person (bei 25 Teilnehmern):**

Im Doppelzimmer, Economy-Flüge Fr. 3'580.–  
Einzelzimmer-Zuschlag Fr. 475.–



«Schweizerzeit»-Leserreise nach Usbekistan  
vom 26. September bis 8. Oktober 2024

Bitte senden Sie mir das Detailprogramm mit Anmeldetalon

Name, Vorname:

Strasse, Nr.

PLZ, Ort:

Tel.:

E-Mail:

**Talon bitte einsenden an:**

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Eine gefährliche Entwicklung

# Wir haben uns daran gewöhnt

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Zu Beginn dieser Kolumne muss ich ziemlich weit ausholen – und ich wage einen Blick in die Vergangenheit, auch in meine persönliche.



Zu Beginn der 70er Jahre absolvierte ich in Basel die Polizeischule und wurde als frisch vereidigter Polizist einem Quartierposten zugeteilt, wo man mir das praktische Rüstzeug für diesen spannenden Beruf vermittelte. An einem Nachmittags unter der Woche wurde der Polizei ein bewaffneter Raubüberfall auf eine Apotheke in einem stadtnahen Aussenquartier gemeldet. Ein Täter, offensichtlich drogenabhängig, bedrohte mit einem Messer die Apothekerin sowie ihre Angestellte und forderte die Herausgabe von Morphium. Die Überfallenen kamen der Aufforderung nach und händigten dem Räuber ein paar Ampullen aus, worauf dieser in unbekannter Richtung floh. Nach dem ersten Schreck alarmierte die Apothekerin die Polizei, worauf die Einsatzzentrale sämtliche verfügbaren Patrouillen an den Tatort beorderte. Als wir mit unserem Dienstfahrzeug dort eintrafen, befanden sich schon zahlreiche Einsatzfahrzeuge vor Ort, und man sah ein Meer von Blaulichtern.

Wenige Jahre später wurde bei einem vergleichbaren Überfall allenfalls noch ein Kriminalist an den Tatort geschickt, und wenn die Täterschaft nichts berührt hatte, verzichtete man auf das Aufgebot der Spurensicherung. Und nochmals einige Jahre später verfügte der Pikett-Kriminalkommissar lediglich das Verfassen eines Rapportes.

## Abnormales wird normal

Was war passiert? Wenn wir heute die Lokalteile in den Medien betrachten, dann werden wir alle im hohen Masse überflutet. Kein Tag und keine Nacht vergehen, ohne dass auf offener Strasse Überfälle, Angriffe gegen Leib und Leben und Sexualdelikte verübt werden. Viele Bürger unseres Landes ersparen sich einen vertieften Blick in die jährlich publizierte Kriminalstatistik und arrangieren sich so gut wie möglich, um nicht selbst Opfer einer Straftat zu werden. Symptomatisch für dieses Verhalten war kürzlich eine polizeiliche Pressemeldung, dass zwei Marokkaner einen Afghanen beraubt und verletzt hätten. Ich habe selbst mitbekommen, dass viele Menschen dies achselzuckend zur Kenntnis nahmen und meinten, dass es sie in keiner Weise interessiere, wenn sich solche Leute gegenseitig an der Gurgel nähmen.

Viele Bürger unseres Landes sind zwar erschüttert, wenn Anhänger der eritreischen Regierung und aus Eritrea Geflüchtete sich hierzulande die Köpfe einschlagen. Doch auch dann herrscht überwiegend Ratlosigkeit, weil der

Normalbürger (ja, so was gibt es noch) nicht weiss, wie er mit dieser Situation umgehen soll – während die linksgrüne Politik von solchen Vorfällen gar nichts wissen will.

## An Manifestationen und Blockaden gewöhnt

Eine vergleichbare Situation ist in vielen Schweizer Städten im Zusammenhang mit Manifestationen zu beobachten. Samstag für Samstag wird permanent für oder gegen etwas demonstriert. Da gehen Aktivisten für das Klima, gegen den Fleischkonsum oder gegen das Fliegen auf die Strasse. Dann werden regelmässig die bösen Banken an den Pranger gestellt, oder es erfolgt die Blockierung ganzer Innenstadtbereiche für Pro-Palästina-Kundgebungen. Und wenn es mal eine freie Minute gäbe, werden Kurden- und PKK-Flaggen mit Abdullah Öcalans Konterfei durch unsere Schweizer Städte getragen. Dass deswegen ganze Strassenzüge blockiert werden und der öffentliche Verkehr zum Erliegen kommt, interessiert die Veranstalter in keiner Weise. Im Gegenzug zeigt das Gros der Bevölkerung keinerlei Interesse an den auf die Strasse getragenen Anliegen. Im Gegenteil. Viele Steuerzahler ärgern sich über die Behinderungen und sind es leid, permanent Einschränkungen ertragen zu müssen. Auch ältere Menschen oder Eltern mit Kindern meiden die demonstrations-geschwängerten Innenstädte, und auch viele junge Leute und vor allem junge Frauen meiden aus Gründen des Selbstschutzes die Ausgeh-Hotspots zu nächtlicher Stunde.

Viele Bürger haben sich an die Kriminalität sowie an die Einschränkungen gewöhnt und retten sich ins Vermeidungsverhalten. Wahrlich keine gute Entwicklung.

Markus Melzl

## Churz & Bündig

Bundesbern lässt sich bekanntlich derzeit im Unosicherheitsrat von einer besonders geschätzten Verwaltungsexponentin vertreten. Und es bemüht sich krampfhaft, sich selbst bei hochpolitischen, kontroversen Vorstössen ja nicht Vorwürfe notorischer Stimmenthaltung anhören zu müssen. Deshalb unterstützt Bundesbern mitunter auch Resolutionen, welche – zum Beispiel – die Gewalttaten der Hamas bewusst ausklammern. Was in der Eidgenossenschaft zunehmend ausgesprochen «besondere Begeisterung» darüber wach werden lässt, in welcher zweifelhaften Nachbarschaft mit Gewalttätern und Gewalttaten unser Land dank seiner Aktivistin am East River, angeleitet von ihren Hintermännern zu Bern gerät.

us

## Ueli Maurer hat recht



«Alt Bundesrat Ueli Maurer bezeichnet Covid als «Hysterie», die Impfung als heisse «Luft» und verdächtigt die Pharmaindustrie, für den Profit Ängste geschürt zu haben. Das sorgt für Kopfschütteln.» So lautet die Schlagzeile, mit der sich der linke Tages-Anzeiger empört. Ja, Ja und nochmals Ja – Ueli Maurer hat recht! Was anstatt Hysterie soll es denn sonst gewesen sein? Man stoppte fast die gesamte Weltwirtschaft, schützte aber die älteren Mitbürger nicht ausreichend und zerstörte unzählige Existenzen. Der Zulassungsprozess der Impfprodukte hätte im staatlichen Normalbetrieb zig Jahre und hohe Investitionen benötigt. Nun peitschten die Staaten aber weltweit die Impfungen durch und machten die Staatskassen auf. Big Pharma machte Milliarden Gewinne auf Kosten der Steuerzahler.

Statista.com ist eine glaubwürdige Quelle für Statistiken. Per Stand 23. Januar 2023 sind in der Schweiz an oder mit Corona in der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen landesweit drei Menschen gestorben. Jeder Tote ist schlimm. Aber die Jugend war als «Masse» nachweislich nicht bedroht – durch die Folgen der

## Hinter feindlichen Linien

Corona-Hysterie jedoch schon. Am 15.11.2021 schrieb Watson: «Die Schweizer Stiftung für Kinder und Jugendliche verzeichnet im Corona-Jahr 2021 bisher fast doppelt so viele Suizid-Beratungen wie vor der Pandemie. Sieben Jugendliche würden täglich Kontakt zur Nummer 147 suchen, um über Suizid zu sprechen.» Es wäre doch Bürgerpflicht gewesen, diese gefährliche Corona-Hysterie zu kritisieren und künftig zu verhindern.

Wer sagt, Ueli Maurer hätte sich auch so als Bundesrat äussern sollen, hat keine politische Bildung. Als Bundesrat ist man anderen «Gesetzen» unterworfen und verhält sich in der Regel kollegial und kooperativ. Ueli Maurer war schon immer ein Mann des Volkes. Schön, dass er immer noch politisch aktiv ist und sich den nervigen Ärger mit den Kartellmedien weiterhin antut. Dass die Impfung nur «heisse» Luft war, ist leider nicht so. Prof. Dr. Konstantin Beck von der Universität Luzern schreibt: «Die Impfung als Ursache des Geburtenrückgangs ist die einzige Hypothese, die in der Lage ist, alle statistischen Beobachtungen gleichzeitig und logisch konsistent, dem zeitlichen Verlauf entsprechend zu erklären.»

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.



## Das Büro Ha deckt auf!



**Herausforderungen.** Armeechef Thomas Süssli (General Tom Sweety) ist des Lobes voll über die Bewältigung der «Herausforderungen» der Armee. Alles ist eine Herausforderung! Mehr als den «Sicherheitsaufwand» für das WEF können Armee und Polizei nicht bewältigen. Es darf auf keinen Fall noch zusätzlich «etwas passieren»! Der «Sicherheitstross» an ausländischen Polizei- und Streitkräften hat Bataillonsstärke erreicht. Und das in der neutralen Schweiz! Dafür waren die Social Medias über die Fest- und WEF-Tage prall voll mit Banalitäten der «Aktivitäten» der «Landeselite» bei ihren Gelagen. Die Landesregierung ist sage und schreibe mit sechs Bundesräten für einen «Höflichkeitsbesuch» angefliegen, um einige Worthülsen in die kalte Luft zu blasen.

\*

**Der friedliche Islam.** Schauen Sie sich die Geschichte der 57 islamischen Länder der Welt an. Ein Teil wurde kriegerisch erobert, ein noch grösserer Teil wurde durch die immer gleiche Taktik in Besitz genommen: Einwandern, sich ruhig verhalten, sich vermehren, Moscheen bauen, Islamverbände gründen, Parallelgesellschaften bilden, in die Politik gehen, dann Übernahme. Deutschland, die Schweiz und weitere europäische Länder stehen gerade am vorletzten Punkt, die vorgehenden sind weitgehend «abgehandelt».

Tis Hagmann

## «Es sagte»... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

**<<NUR EINE NEUTRALE SCHWEIZ IST EINE SICHERE SCHWEIZ.>>**

Diesen Standpunkt äusserte:

- A Nationalrat Gerhard Pfister, Präsident «Die Mitte»;
- B Bundesrätin Viola Amherd, VBS-Chefin;
- C Ständerat Thierry Burkart, FDP-Präsident;
- D Ständerat Marco Chiesa, SVP-Präsident.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 30. Januar 2024** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,  
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 3 vom 9. Februar 2024.

**eljah** werte bewahren



Silber und Gold als Münzen und Granulat

## Damit Ihr Erspartes den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Bereits einige Banken wanken. Durch das erhöhte Schöpfen von neuem Geld steigen die Inflationsraten Monat für Monat. Wie lange kann sich der Franken noch halten? Höchste Zeit auf wahre Werte zu setzen, die seit Jahrtausenden bestehen. Als Vermittler helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto zu eröffnen und Münzen zu bestellen.



Ihr  
Geschenk



**Bruno Jordi**  
079 651 92 74  
eljah.ch  
jordi.b@bluewin.ch

## Sicherheit vor Neutralität oder dank Neutralität?



Der freisinnige alt Ständerat Professor Rhinow dozierte im «St. Galler Tagblatt», Sicherheit und Neutralität seien konkurrierenden Staatsziele, und er wirbt zur Wahrung unserer Sicherheit für eine Annäherung an die Nato. Ziel ist – von einigen Freisinnigen längst gefordert – ein Nato-Beitritt der Schweiz. Wir vom Komitee der Neutralitätsinitiative sind anderer Meinung: Unsere integrale, bewaffnete Neutralität dient nicht nur unserer Sicherheit mehr, sondern auch dem Weltfrieden, zu dem die Schweiz nur als glaubwürdig neutrale Mittlerin beitragen kann.

Als Argumente führt Rhinow an, die europäischen Staaten und erst recht die USA würden unsere Neutralität nicht mehr verstehen. Mir scheint vielmehr, dass jene Politiker und Beamten, die bei uns den Nato-Beitritt forcieren, unsere Neutralität nicht verstehen (wollen). Den Atlantikern passt einfach nicht, dass wir uns nicht in ihre Kriege und Konflikte hineinziehen lassen und auch ihre Sanktionen nicht mittragen wollen.

Im Weiteren beruft sich Professor Rhinow auf Art. 54 der Bundesverfassung, wonach die Schweiz namentlich

zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie beitragen soll. Was damit gemeint ist, hat alt Bundesrätin Calmy-Rey in einem NZZ-Talk präzisiert: Die Schweizer Neutralität sei eine Neutralität der Menschenrechte und des Völkerrechts. Wer sie verletze, müsse boykottiert werden. Also auch die USA, die seit dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Kriegen mehrfach gegen das Völkerrecht verstossen hat? So masochistisch ist die offizielle Schweiz dann doch nicht – aber heuchlerisch und unglaubwürdig.

Tatsache ist: Falls wir militärisch angegriffen würden, wären wir natürlich sofort nicht mehr neutral, und es ergäbe sich von selbst ein Bündnis mit andern Angegriffenen. Ein Beitritt oder nur schon eine Annäherung an die Nato stärkt nicht unsere Sicherheit – im Gegenteil: Sie wird geschwächt, weil wir von den Feinden der Atlantiker als potentiell gegnerische Kriegspartei wahrgenommen werden, was wegen des Russlandboykotts bereits jetzt der Fall ist und unsere Glaubwürdigkeit für Gute Dienste beschädigt hat. Unsere Neutralität hat sich bewährt. Die Beweislast für das Gegenteil liegt bei ihren Abschaffern.

Markus Eckstein, Goldach SG



**Das Büro Ha deckt auf!**



**120'000 Bäume.** Das Schicksal von rund 120'000 Bäumen im Reinhardswald (D), einem herrlichen Naturpark im Weserbergland, ist besiegelt. Die teilweise über 800 Jahre alten Bäume sind auch der Märchenwald der Gebrüder Grimm. Sie werden abgeholzt, damit zwanzig Windkraftanlagen gebaut werden können – für noch mehr Flatterstrom, damit die Deutsche Bahn im Sommer mit der Überschussenergie die Schienen heizen kann. Je grüner, desto dümmmer. Wie in Zürich: Immer weniger Parkplätze, dafür immer mehr Velowege und Velogaragen!

\*

**Zusätzliche KFOR-Soldaten statt Abzug.** Die Österreicher haben nach bald 25 Jahren «Kampf» auf dem Balkan festgestellt, dass der Einsatz an der Heimatfront günstiger ist. Sie ziehen ihren Transportzug bei der KFOR (Kosovo-Force) zurück. Flugs sind die Schweizer zur Stelle und übernehmen den Fall. Der Bundesrat hat beschlossen, ab April 2024 den Bestand des schweizerischen KFOR-Kontingents mit zwanzig zusätzlichen Armeeangehörigen zu verstärken. Wir stehen im 25. Jahr des sinnlosen, teuren Balkaneinsatzes!

Tis Hagmann

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name/Vorname:

---

Strasse/Nr.:

---

PLZ/Ort:

---

Mail-Adresse:

---

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

---

**Einsenden an:** Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)



## Vielfältige **SCHWEIZERZEIT-** Leserschaft



hf. Ich habe ihn zum ersten Mal an einer Delegiertenversammlung der kantonalen SVP in seinem Heimatort Hettlingen ZH getroffen, als er als «Tätschmeister» umsichtig und eloquent zusammen mit seinem Team für eine vorbildliche Organisation sorgte. Und auch bei weiteren Kontakten war rasch klar: Dieser Mann kann (wie wir früher in bäuerlichen Kreisen zu sagen pflegten) «mehr als Schüblinge essen». Und in der Tat: Wie er seine vielfältigen Aufgaben – beruflich, familiär, militärisch und politisch – unter einen Hut bringt, ist beeindruckend.

### Tobias Weidmann (info@tobiasweidmann.ch)



Tobias Weidmann, 1983 als viertes Kind geboren, ist in Hettlingen, dem Tor zum Weinland, aufgewachsen. Gross geworden ist er in einem unternehmerischen Umfeld mit einem Vater, der das erste private Medizinlabor in der Ostschweiz gegründet hat. «Ich kann mich noch gut an die Sonntagnachmittage erinnern, an denen ich meinen Vater ins Geschäft begleitet habe. Für mich war es unbegreiflich, was man im Büro mit so viel Papier überhaupt machen kann.» Heute, nun selbst Unternehmer und Familienvater, kann er die Situation seines Vaters sehr gut nachvollziehen. Der Spagat zwischen Familie und Beruf stellt auch ihn vor gewisse Herausforderungen. Seine Mutter war eine engagierte Primarlehrerin und hat die grosse Familie zusammengehalten.

Nach der obligatorischen Schule besucht Tobias Weidmann das Wirtschaftsgymnasium in Winterthur. Wirtschaftliche Themen haben ihn schon von Kindsbeinen an interessiert; deshalb erstaunt es nicht, dass er nach der Matura den Weg an die Universität St. Gallen einschlägt. Dort erwirbt er einen Bachelor in Business Administration und einen Master in Banking & Finance. Zusammen mit einem Studienkollegen gründete Tobias Weidmann 2013 ein IT- und Finanzdienstleistungs-Startup, in dem er bis heute als Partner und Geschäftsführer tätig ist. Nebenbei doziert er an einer Höheren Fachschule voller Leidenschaft in Businessplanung und Problemlösung.

«Meine ohnehin tiefe Verbundenheit zur Schweiz hat sich durch mehrjährige Aufenthalte in den USA und Italien noch verstärkt. Der Blick von aussen hat mir gezeigt, was die Schweiz alles ausmacht – und was eben nicht selbstverständlich ist.»

#### Klare Prinzipien

Tobias Weidmann ist ein Mann mit klaren Prinzipien. «Der Militärdienst hat schon früh einen hohen Stellenwert in meinem Leben gehabt. Von 2013 bis 2017 hatte ich das Privileg, als Kommandant eine Batterie mit 300 AdAs zu führen.» Schon vor Ausbruch des Ukraine-Krieges habe er sich für eine starke und verteidigungsfähige Armee eingesetzt. Der Ukraine-Krieg habe deutlich gemacht, wie unberechenbar die Welt momentan sei.

«Die Schweizer Armee muss sich wieder auf die gefährlichste Variante ausrichten und nicht auf die wahrscheinlichste. Das bedeutet, dass wir in allen Bereichen unsere Fähigkeiten, Waffensysteme und unser Material aufrüsten und einsatzbereit haben müssen. Daher sind moderne Waffensysteme und Panzer unabdingbar, damit wir uns im Ernstfall verteidigen können. Als ehemaliger Kommandant einer Stinger-Einheit sehe ich klar, dass es bei der bodengestützten Luftverteidigung BODLUV Nachholbedarf gibt; wir brauchen neue Systeme für mittlere und kurze Reichweiten. Auch bei den schweren Waffen wie Panzern und Artilleriegeschützen braucht es dringende Investitionen, um die drei Mechanisierten Brigaden voll auszurüsten. Entscheidend ist zudem, dass die Milizstruktur gestärkt wird, um die nötige Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten. Das Milizsystem ist eine unserer Stärken, die wir bewahren müssen.»

#### Nein zu linken Träumereien

Mit allen Mitteln setzt sich Tobias Weidmann – entgegen den linken Träumereien – auch für eine sichere und unabhängige Energieversorgung ein. Dabei bereite ihm die wachsende Abhängigkeit von Stromimporten grosse Sorgen, welche uns erpressbar und verletzlich machen. «Daher müssen wir unverzüglich mit der Planung neuer Reaktoren der Generation 3+ beginnen. Ansonsten sind die heutigen Probleme ein Klacks verglichen mit dem, was uns in zwanzig Jahren droht.» Ebenso kämpft er für mehr Schweizer Kompetenz im Arbeitsmarkt. Er will die Zuwanderung nachhaltig und gezielt steuern, damit Jobs und Aufstiegschancen für alle Generationen gewährleistet sind – dies insbesondere für die Generation «50 plus»,

denn niemand dürfe im besten Alter aufs Abstellgleis gestellt werden.

### Politisches Engagement

«Schon an der Kantonsschule war ich gut über das Weltgeschehen informiert und ich interessierte mich sehr für politische Themen. Insbesondere die EU-Frage und mein Stolz auf die Unabhängigkeit unseres Landes veranlassten mich, der SVP beizutreten.» Er scheute keine Konfrontationen und suchte sie sogar. Manch ein links-orientierter Deutschlehrer hatte argumentativ keine Chance gegen den gewieften Schüler.

Tobias Weidmann befürwortet die Miliztätigkeit in allen Bereichen – obwohl er als Unternehmer und Kommandant nicht gleichzeitig ein politisches Amt ausüben gedachte. Doch das Leben spielt manchmal anders. Genau in dieser Zeit macht er nämlich seine ersten politischen Schritte mit der Wahl in die Rechnungsprüfungskommission Hettlingen (2014–2018). «Damals hätte ich nicht gedacht, dass dies die beste Vorbereitung war für das Finanzkommissionspräsidium des Kantons Zürich, das ich vier Jahre nach meiner Wahl (2019) im Zürcher Kantonsrat übernehmen durfte.» Mit der neuen Funktion als Fraktionspräsident im Kantonsrat hat nun ein neues, spannendes Kapitel angefangen.

Die Offiziersschule bezeichnet Weidmann noch heute als die beste Lebensschule. In frühen Jahren habe er gelernt zu strukturieren, zu organisieren und zu entscheiden. So bildet die militärische Ausbildung die Grundlage seines Handelns in allen Bereichen, vom Unternehmen bis zur Politik. Mit der Überzeugung, diese Ausbildung biete einen Mehrwert, hat er als Vizepräsident der Studentenschaft auch erreicht, dass die Offiziersausbildung an der Uni St. Gallen – als erste Universität – mit Credits angerechnet wurde.

### Besondere Talente

Die künstlerische Seite von Tobias Weidmann kennen wahrscheinlich nur wenige. Schon in der Primarschule kann er erstaunlich realistische Ölbilder malen. So verdient er sich ein Sackgeld, indem er Porträts von Popband-Idolen für seine Schulkameradinnen malt. Im Gegensatz dazu ist für ihn das Schreiben von Aufsätzen eine eher mühselige Angelegenheit.



Während seiner Gymnasiumzeit kann er dank seiner guten Noten in Kunst und Gestaltung seine miserablen Französischnoten kompensieren. Für das Schultheater malt, gestaltet und baut er die Kulissen. «Viele haben erwartet, dass ich nach der Matura an die Kunstgewerbeschule gehen würde. Vielleicht hat mich aber die Vorstellung eines brotlosen Künstlerdaseins – sicher aber mein grosses Interesse an wirtschaftlichen

Themen – schliesslich an die HSG gebracht.»

Bereits im Gymi zeigt sich seine schnelle Auffassungsgabe. Auch wenn sich die Begeisterung für die vielen Gruppenarbeiten in Grenzen hält, verschafft er sich jeweils rasch einen Überblick. Während andere sich noch Gedanken machten, wie sie nun am besten vorgehen wollen, hat sich Tobias bereits organisiert. Er weiss um die Fähigkeiten seiner Schulkollegen und setzt diese geschickt ein. So sind die Resultate jeweils schnell und erfolgreich produziert.

### Familie und Privates

Tobias Weidmann ist nicht nur Politiker und Unternehmer, sondern auch ein engagierter Familienvater. Seine Frau, Andrea Weidmann-Dobbs, lernt er vor 24 Jahren kennen – am ersten Schultag seiner Gymizeit. Die beiden sind nämlich in derselben Klasse, doch so begeistert ist Andrea anfänglich nicht von ihm. Erst eine vom Lehrer aufgezwungene Mathe-Gruppenarbeit, bei der sie zwangsläufig zusammenarbeiten müssen, bringt die beiden schliesslich zusammen. Heute haben die Weidmanns vier Kinder im Alter zwischen 3 und 11 Jahren. Andrea unterrichtet als Historikerin Geschichte und Staatskunde an einer Kantonsschule.

«Um als Unternehmer, Politiker, Milizoffizier und Familienvater alles unter einen Hut zu bekommen, muss man vieles organisieren und priorisieren. Unser Geheimrezept? Eine partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben mit meiner Frau, die mich bei meiner beruflichen und politischen Karriere unterstützt.» Dazu gehöre auch eine gute Portion Humor.

Aufgrund seiner Erfahrungen ist Politik für Tobias Weidmann kein Gegeneinander, wie es in den Medien oft dargestellt werde. Vielmehr versucht er, auch parteiübergreifend Lösungen zu finden und dabei vieles gelassen zu nehmen. «Man darf sich nicht zu wichtig nehmen und sollte auch mal über sich selbst lachen können.»

## BESTSELLER

**Die Corona-Verschöpfung**

Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradieren

**Brigitte Röhrig**

Auf Grund aller zugänglichen Informationen, aber auch als Resultat der Auswertung nur schwer auffindbarer Fakten dokumentiert Brigitte Röhrig die Vorgänge, als

mit Corona als Grund elementare Bürgerrechte zumindest vorübergehend suspendiert und Kritiker mundtot gemacht wurden. Eine brisante, spannend aufgemachte Dokumentation.

Rubikon, München 2023, 523 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

**Geimpft versus ungeimpft**

Jetzt spricht die Wissenschaft

**Robert F. Kennedy Jr. / Dr. Brian Hooker**

Zweifel nährende Machenschaften zur obrigkeitlichen Impfkampagne gegen Corona beunruhigen – angesichts bekannt gewordener Techtelmechtel zwischen dem Bundesberner Funktionärsapparat und tendenziösen Medien – auch die Schweiz. Eine unbestechliche Persönlichkeit präsentiert brisante Fakten zu seinerzeit undurchsichtigen Vorgängen.

Kopp, Rottenburg 2023 (R.F. Kennedy 2023), 351 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 31.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35

## AKTUELL

**Demozid**

Will eine selbst ernannte Elite die Menschheit reduzieren?

**Peter Orzechowski**

Gerüchte zirkulieren seit einigen Jahren: Es soll ein Programm bestehen, das gezielt auf deutliche Bevölkerungsreduktion ausgeht. Ein neues Buch leuchtet die Hintergründe von tatsächlich Geschehendem aus und misst daran die zirkulierenden Gerüchte.

Kopp, Rottenburg 2023, 304 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35

## Büchertisch

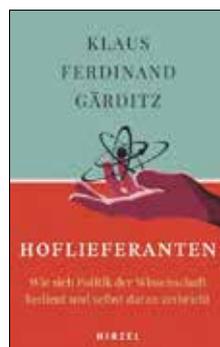
**Fragile Sicherheit**

Das Ende des Friedens und die neue Konfliktordnung

**Christian Mölling**

Der Autor zeigt, dass die nicht hinterfragte Anlehnung Deutschlands und Europas an die USA Teil der gefährlichen weltpolitischen Zeitenwende unserer Tage ist. Seine Schlussfolgerung: Die Länder Europas benötigen dringend eine eigenständige Strategie im Angesicht weltpolitischer Umwälzungen.

Herder, Freiburg i. B. 2023, 223 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10

**Hoflieferanten**

Wie sich Politik der Wissenschaft bedient und selbst daran zerbricht

**Klaus Ferdinand Gärditz**

Nahezu jede politische Aktion wird heute mit irgend einer wissenschaftlichen Studie begründet. Die Inflation an Studien, oft auf den Besteller orientiert, spielt eine zunehmend fragwürdige Rolle in der politischen Auseinandersetzung von heute. Corona-Kampagnen haben dies nachdrücklich illustriert.

Hirzel, Stuttgart 2023, 232 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

**Lebt nicht mit der Lüge**

Ein New York Times-Bestseller

**Rod Dreher**

Der Autor spricht von „sanftem Totalitarismus“, mit dem Medien und Classe Politique laufend neue Sprech- und Denkgebote in die Welt setzen. Wer daran zweifelt, wer Sprechgebote in Frage stellt, muss unter Umständen mit schwerwiegenden persönlichen Folgen rechnen. Ein nachdrücklicher Appell für eine Politik, die Familien und familiäre Erziehung fördert statt bekämpft, prägt dieses Buch.

Media Maria-Verlag, 2023, 272 S., geb., (Richtpreis Fr. 30.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

## WELTGESCHICHTE

**Mächte und Throne**

*Eine neue Geschichte des Mittelalters*

**Dan Jones**

Wie in unserer Zeit das Mittelalter eingeschätzt wird — dieses Bild ist aufgrund mehrerer neuer Darstellungen derzeit erheblichem Wandel unterworfen.

Das Buch von Dan Jones mit umfassender Einschätzung des Mittelalters ist spannend zu lesen. Denn darin werden Jahrhunderte überbrückende Grundzüge zur Geschichte Europas und Asiens freigelegt, die in ähnlicher Form bis heute kaum je beachtet worden sind.

Das Buch von Dan Jones entwickelt sich nach und nach zum Bestseller — mit dem Mittelalter im Zentrum. Wer hätte Solches je erwartet...

*C. H. Beck, München 2023 (London 2021), 793 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 49.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.90*

## BUCHZEICHEN

**Geschichte Chinas**

**Kai Vogelsang**

Der Autor ist seit Jahren Korrespondent verschiedener, auch schweizerischer Zeitungen. Entsprechend gilt er als Kenner sowohl von Geschichte als auch von Politik und Wirtschaft in dieser explosionsartigen Wachstumsregion der Welt.

So sehr sich Fernost zu einer Schlüsselregion welt-politischer Auseinandersetzung entwickelt, so wichtig ist es, sich mit dieser Region und den aus dieser Region heraus sich entwickelnden Strömungen auseinanderzusetzen.

*Reclam, Stuttgart 2023 (2013), 661 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10*

## Bestellschein

Schweizerzeit

**BESTSELLER**

- Die Corona-Verschörung **à Fr. 29.60**  
 Geimpft versus ungeimpft **à Fr. 28.35**

**AKTUELL**

- Demozid **à Fr. 28.35**  
 Fragile Sicherheit **à Fr. 25.10**  
 Hoflieferanten **à Fr. 29.60**  
 Lebt nicht mit der Lüge **à Fr. 27.45**

**WELTGESCHICHTE**

- Mächte und Throne **à Fr. 44.90**

**BUCHZEICHEN**

- Geschichte Chinas **à Fr. 34.10**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel-Nr.: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bestellung an:**

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, [buechertisch@schweizerzeit.ch](mailto:buechertisch@schweizerzeit.ch)

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(02/26.01.2024)

# SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige  
liberal-konservative Radio für den  
deutschsprachigen Raum

**Auch die Schweizerzeit ist dabei!**

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen  
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand  
und Ulrich Schlür

**[www.kontrafunk.radio](http://www.kontrafunk.radio)**

oder in der App

# KONTRA FUNK



**.radio**  
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit  
erscheint am

**9. Februar 2024**

## Schweizerzeit

### Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlür

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlür, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,  
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,  
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Veranstaltungen:** Elisabeth Liebi

**Finanzen, Organisation:** Daniela Locher

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Unsoziale Linke

Am 3. März stimmen wir über eine linke Initiative zur Einführung einer 13. AHV-Rente ab. Dass das Anliegen auch in konservativen Kreisen Sympathien geniesst, ist unverkennbar. Das in diesem Zusammenhang oft gehörte Argument «In Bern habt Ihr Geld für alles – nur nicht für Rentner, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben» ist schwer zu entkräften. Und doch müssen wir Nein stimmen.

Dass sich linke Parteien und Gewerkschaften mit dieser Initiative als Retter in der Not aufspielen wollen, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Sie sind es schliesslich, die massgeblich dafür verantwortlich sind, dass alles teurer geworden ist und uns allen am Ende des Tages weniger Geld im Portemonnaie verbleibt. Von den hohen Energiepreisen (Energiestrategie 2050) über die explodierenden Krankenkassenprämien (Dank an alt Bundesrätin Dreifuss für den überdimensionierten KVG-Leistungskatalog!), die gestiegenen Mietpreise (Masseneinwanderung) bis zur stetig zunehmenden Steuerlast (massive Aufblähung der Staatsquote): All diese Missstände haben uns die Linken und ihre Helfershelfer eingebrockt! Wenn die Linken unsere Senioren wirklich nachhaltig entlasten wollten, würden sie die SVP-Forderung für steuerfreie AHV-Renten unterstützen – statt blind mit der Giesskanne herumzuspritzen. Doch wenn es darum geht, soziale Fairness über gerechte Steuersenkungen durchzusetzen,

erntet man bei den grünroten Sozialisten bekanntlich nur peinliches Schweigen. Sie blenden zudem aus, dass jene, die heute eine tiefe AHV-Rente haben, mit der Auszahlung einer 13. (tiefen) Rente nur wenig unterstützt würden. Wenn es den im Geld schwimmenden Gewerkschaften mit ihrer Philanthropie ernst wäre, könnten sie die horrenden Zusatzkosten, welche die 13. AHV-Rente – u.a. mittels unsozialer Mehrwertsteuer-Erhöhung – verursacht, ja aus ihrer milliarden schweren Kriegskasse selber finanzieren!

Eine weitere Ursache des drohenden Finanzierungslochs in der AHV wird bis jetzt viel zu wenig thematisiert. Dem Staat geht sehr viel Geld durch die Lappen, weil so viele Absolventen von «Gender Studies»- und sonstigen wertschöpfungsfernen Studiengängen sich ihre jahrelangen Ausbildungen zwar teuer vom Steuerzahler finanzieren lassen – danach aber darauf verzichten, Vollzeit zu arbeiten. Aus Gründen der sogenannten «Work Life-Balance» ziehen sie ein bequemes Arbeitsleben vor – denn man kommt als kinderloses Paar auch prima über die Runden, wenn man beim Staat in einem 50 Prozent-Pensum tätig (oder untätig) ist. Die «Verseckelten» sind alle, die eine Berufslehre gemacht haben und ihre Weiterbildungen notabene in der Regel selber berappen müssen!

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt